

zeitung gegen den krieg

Nr. 38 Sommer 2014

Kurt Tucholsky Vor Verdun

J. Pehrke 1. Weltkrieg, Giftgas & Bayer

C. Marischka Bundeswehr: Drohnen im Einsatz

Seite 4 W. Wolf Bundeswehr: Kriegshandwerk als Job

Seite 6 T. Pflüger Kriegsbündnis NATO

Seite 7 Interview mit Konstantin Wecker

Seite 8

Seite 11

Seite 12

„Jubel über militärische
Schauspiele ist eine Reklame
für den nächsten Krieg.“

Kurt Tucholsky

Weltkrieg I-Debatte & Euro-Krise

Seit Wochen findet in der deutschen Öffentlichkeit eine irrlirternde Debatte über den Ersten Weltkrieg und seine Ursachen statt. Der Tenor lautet: Es gab keine besondere Schuld des Deutschen Reichs an diesem ersten weltweiten Morden. Und schon

Aus der Feststellung, es habe 1914 keine spezifische Schuld der deutschen Reichsregierung gegeben, resultiert auch die gefährliche Aussage: Für das NS-Regime würden die Siegermächte des Ersten Weltkriegs eine wesentliche Verantwortung tragen. Hitler war

tung wird nichts.“

Und der Euro erweist sich als idealer Transmissionsriemen, um die EU mit deutschem Kapital zu durchdringen.

Was hat das alles mit dem Ersten Weltkrieg und der Kriegsschulddebatte zu tun? Nun, es gab

gen in Griechenland.

Gegen die neue deutsche Hegemonie werden europaweit berechnete Forderungen vorgetragen: Deutschland möge den Export drosseln. Berlin müsse den Binnenmarkt ankurbeln. Die deutschen Arbeitseinkommen seien zu erhöhen. Der Euro-Kurs müsse gesenkt werden.

Doch die Reaktion Berlins ähnelt der vom Dichter Ludwig Uhland beschriebenen: „Das wackre Merkel forcht sich nit / Ging seines Weges Schritt für Schritt / Ließ sich den Schild mit

„Soldaten sind Mörder“

Die Feldgendarmen sperrten den Kriegsschauplatz nicht nur von hinten nach vorne ab, das wäre ja noch verständlich gewesen; sie passten keineswegs nur auf, dass niemand von den Zivilisten in einen Tod lief, der nicht für sie bestimmt war. Der Kriegsschauplatz war auch von vorn nach hinten abgesperrt. „Von welchem Truppenteil sind Sie?“ fragte der Feldgendarm, wenn er auf einen einzelnen Soldaten stieß, der versprengt war. „Sie“, sagte er. Sonst war der Soldat ›du‹ und in der Menge ›ihr‹ – hier aber verwandelte er sich plötzlich in ein steuerzahlendes Subjekt, das der bürgerlichen Obrigkeit untertan war. Der Feldgendarm wachte darüber, dass vorne richtig gestorben wurde. Für viele war das gar nicht nötig. Die Hammel trappelten mit der Herde mit, meist wussten sie gar keine Wege und Möglichkeiten, um nach hinten zu kommen, und was hätten sie da auch tun sollen! Sie wären ja doch geklappt worden, und dann Untersuchungshaft, Kriegsgerecht, Zuchthaus, oder das schlimmste von allem: Strafkompagnie. In diesen deutschen Strafkompagnien sind Grausamkeiten vorgekommen, deren Schilderung, spielten sie in der französischen Fremdenlegion, gut und gern einen ganzen Verlag ernähren könnte. Manche Nationen jagten ihre Zwangsabonnenten [Wehrpflichtige] auch mit Maschinengewehren in die Maschinengewehre. So kämpften sie.

Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratkilometer Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder. Es ist ungemein bezeichnend, dass sich neulich ein [...] Geistlicher gegen den Vorwurf gewehrt hat, die Soldaten Mörder genannt zu haben, denn in seinen Kreisen gilt das als Vorwurf. Und die Hetze gegen den Professor Gumbel [Emil Julius Gumbel war Mathematiker, Kriegsfreiwilliger und dann Pazifist], fußt darauf, dass er einmal die Abdekkerei [Verwertung von Tierkadavern] des Krieges „das Feld der Unehre“ genannt hat. Ich weiß nicht, ob die randalierenden Studenten in Heidelberg lesen können. Wenn ja: vielleicht bemühen sie sich einmal in eine ihrer Bibliotheken und schlagen dort jene Exhortatio [päpstliche Verlautbarung; Ermahnung zur Buße] Benedikt XV. nach, der den Krieg „ein entehrendes Gemetzel“ genannt hat und das mitten im Krieg! [...] Die Gendarmen aller Länder hätten und haben Deserteure niedergeschossen. Sie mordeten also, weil einer sich weigerte, weiterhin zu morden. Und sperrten den Kriegsschauplatz ab, denn Ordnung muss sein, Ruhe, Ordnung und die Zivilisation christlicher Staaten.

Aus: Kurt Tucholsky, *Der bewachte Kriegsschauplatz*, 1931, in: Kurt Tucholsky *Gesammelte Werke*, Band 9, S. 253f.



gar keine Hauptschuld. Man sei in diesen Krieg irgendwie hineingerutscht. Schlichtweg alle großen europäischen Mächte hätten wie *Schlafwandler* agiert. Und dann sei der Krieg „ausgebrochen“. Jahrhundertereignis. „Urkatastrophe“ eben.

Wenn Derartiges deutsche Historiker – etwa Herfried Münkler – zu belegen versuchen, ist das im Sinne deutscher Staatsräson. Optimal in dem Sinn wird es, wenn mit Christopher Clark ein australischer, im britischen Cambridge lehrender Historiker aufgebieten werden kann, der die damaligen deutschen Machthaber und die hinter diesen stehenden Konzerne und Banken von jeder spezifischen Schuld am Ersten Weltkrieg freispricht.

Wobei vergleichbare Debatten bereits im Deutschen Bundestag geführt wurden (siehe Seite 5). Banale Fragen wie „Wer begann den Krieg und marschierte in die neutralen Staaten Belgien und Luxemburg ein?“ „Wer formulierte vor dem Krieg und in demselben expansionistische Kriegsziele?“ „Wer setzte noch am 3. März 1918 den Diktatfrieden von Brest-Litowsk mit der gewaltigen deutschen Expansion im Osten?“ werden nun erst gar nicht mehr gestellt.

dann ein Sonderfall. Die *Kontinuitäten*, die es zwischen der Periode nach 1914 und derjenigen nach 1933 gab, werden damit ebenfalls geleugnet. Prompt erhält Clark den Auftrag für einen sechsteilige ZDF-„Streifzug durch die Geschichte (angefangen bei den Neandertalern)“, in dem ab Herbst 2014 die „Eigenheiten der Deutschen, etwa die Liebe zum Schrebergarten oder zum Abendbrot“ abgehandelt werden sollen. Verantwortlich sind teutonische Gene.

Mitte 2014 befinden sich die in Deutschland führenden Konzerne und Banken auf dem Zenit ihrer Macht. Mehr deutschen Einfluss gab es auf dem europäischen Kontinent (die Jahre 1940/41 ausklammert) zu keinem Zeitpunkt. Beim EU-Kommissionspräsidenten konnte Berlin zwischen dem Deutschen Schulz und dem germanophilen Juncker wählen. In der krisengeschüttelten EU-Peripherie diktiert eine Troika mit massivem deutschem Einfluss. Bei der deutsch-französischen Achse ist ausschließlich Berlin bestimmend. Das eigentliche Machtzentrum der EU wurde bewusst auf deutschem Boden verankert, wie vom damaligen Finanzminister Waigel diktiert: „Die EZB kommt nach Frankfurt oder aus der Veranstal-

zwei Versuche des deutschen Kapitals, mit *militärischen* Mitteln in Europa die Hegemonie zu erobern. Zwei Mal scheiterten die deutschen Konzerne und Banken. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte dann – notgedrungen! – der neue Anlauf, dasselbe Ziel auf dem sogenannten friedlichen Weg, jedoch mit einem aggressiven wirtschaftlichen Expansionskurs zu erreichen. Damit wurde just der Weg beschritten, den vorausschauende deutsche Kapitalkreise vor dem Ersten Weltkrieg und noch in demselben vorgeschlagen hatten (siehe Seite 2).

Doch ein derartiger „rein wirtschaftlicher“ Aufstieg kennt nicht nur siegreiche deutsche Konzerne und Banken, sondern auch Unterlegene, verarmte Menschen. Den deutschen Handelsbilanzüberschüssen entsprechen anderswo Handelsbilanzdefizite. Die Erstarbung der deutschen Wirtschaft ist auch Resultat der Schwächung der Konkurrenz. Die Hilfskredite, die im Rahmen der Eurokrise im Deutschen Bundestag verabschiedet wurden, waren verbunden mit konkreten Maßnahmen des Sozialabbaus in den Peripheriestaaten, bis hin zur Kürzung der Bildungsausgaben und zur Erhöhung der privaten Medikamentenzuzahlun-

Pfeilen spicken / und tät nur spöttisch um sich blicken“.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Debatte um den Ersten Weltkrieg ihren Sinn. Damals, so die die Geschichte verfälschende Deutschland-Saga, habe man sich durch die imperialen Mächte England, Frankreich und Russland eingekreist gefühlt. Und damit ein Recht gehabt, gegen die Einkreisung vorzugehen – unter anderem, um die deutsche Kultur zu verteidigen und einen „Platz an der Sonne“ – Kolonialreich inklusive – zu erkämpfen. Heute fühlt man sich eingekreist von ökonomischer Unvernunft. Und erklärt Recht zu haben, wenn mit Troika-Maßnahmen angebliche Tugenden der schwäbischen Hausfrau verteidigt werden. So verwerflich sei die Politik 1914 ff ja auch nicht gewesen. Und überhaupt: Die anderen waren ja nicht anders. Nachzulesen bei Münkler, Clark & Co.

Wobei im Kapitalismus immer gilt: Ein aggressiver wirtschaftlicher Kurs mündet in der Forderung, die Erfolge auf den Weltmärkten verstärkt militärisch abzusichern. Siehe die Aufforderung des deutschen Bundespräsidenten, „im Kampf für Menschenrechte auch zu den Waffen zu greifen.“

Argumente und Antworten zum Thema

„Schlafwandler. Oder: Die entscheidende Rolle der deutschen Wirtschaft im Ersten Weltkrieg“

In der aktuellen Diskussion über den Ersten Weltkrieg gibt es eine Reihe problematische Stereotypen. Mit diesen soll die modische Grundaussage untermauert werden, man habe sich auf den Krieg schlafwandelnd zubewegt. Wir greifen im Folgenden vier dieser Standardaussagen heraus – und widerlegen sie.

Argument 1

Die neutralen Staaten Luxemburg und Belgien standen irgendwie im Weg. Zweifellos begann der Erste Weltkrieg damit, dass die österreichisch-ungarische Armee Belgrad beschoss und die deutsche Armee in die neutralen Staaten Luxemburg und Belgien einmarschierte. Nun wird mit Blick auf die deutsche Aggression argumentiert: Diese Länder standen bei den deutschen Plänen zum Krieg gegen Frankreich im Weg. Man habe da „irgendwie durch gemusst“. Dass dann die belgische Armee auch noch Widerstand leistete, sei gewissermaßen deren Torheit gewesen.

Antwort: Zunächst bleibt es dabei: Luxemburg und Belgien waren neutrale Staaten. Deren Status hatte auch das Deutsche Reich anerkannt. Der deutsche Einmarsch in diese Länder war auch nach bürgerlichem Recht ein offener, aggressiver Verstoß gegen internationales Recht. Vor allem aber ist es schlicht die Unwahrheit zu behaupten, man wollte schnell in diese Länder rein und

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel (Tübingen), Tobias Pflüger (Tübingen), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Waren/ Müritz), Bärbel Schindler-Saefkow (Berlin), Laura von Wimmersperg (Berlin) & Winfried Wolf (München). Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Wilhelmshorst.

Verantw. Redakteur (V.i.S.d.P.) Winfried Wolf
ISSN 1611-2881

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen & Organisationen Die Antistifter (Stuttgart) // Antikriegsforum Ludwigshafen // bundesweite attac-AG Globalisierung und Krieg // Friedensbündnis Karlsruhe // Galerie Olga Benario, Berlin // Willi Hoffmeister als Sprecher des Ostermarsches Ruhr // Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) // Friedensbündnis Karlsruhe // Jochen Traut für den Gerner Dialog/Sozialistischer Dialog (in der Partei Die Linke) // Sozialistische Linke, Karlsruhe // Peter Strutyński als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag // Initiative Vereinigte Linke // Nordbremer Bürger gegen den Krieg // Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) // PapyRossa Verlag Köln // Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg // Sozialistische Zeitung, Köln // DIE LINKE (Partei-vorstand).

Gestaltung Joachim Römer

Adressen Postanschrift: BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf
E-mail: redaktion@zeitung-gegen-den-krieg.de
Telefon: 030 – 277 31 83 // Fax: 030 – 2277 61 79 (MdB-Büro Heike Hänsel)
Internet: www.zeitung-gegen-den-krieg.de
Bestellungen: bestellen@zeitung-gegen-den-krieg.de

Preise & Konto Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Preisen (Unkosten):
> von 1 bis 50 Ex. zu 30 Cent je Ex.
> von 51 bis 499 Ex. zu 25 Cent je Ex.
> ab 500 Ex. zu 20 Cent je Ex.
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Abos Die ZgK wird in der Regel in größeren Kontingenten bestellt, teilweise auch in Form fester Bestellungen. Preise siehe oben. Die ZgK kann auch wie folgt in Einzel-exemplaren abonniert werden. Als Abo gelten hier jeweils vier Ausgaben der ZgK in Folge:
> bei Bezug von je 1 Ex. = Abopreis 12 Euro
> bei Bezug von je 3 Ex. = Abopreis 14 Euro
> bei Bezug von je 5 Ex. = Abopreis 16 Euro.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich vor allem über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig. BFS e.V. · MBS (Mittelbrandenburgische Sparkasse) · BLZ 16050000 · Kto.Nr.: 3527001866 · IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 · BIC: WELADED1PMB.



Kriegsproduktion bei Krupp in Essen

dann wieder raus. Luxemburg sollte nach Kriegsende deutscher Bundesstaat werden. Kaiser Wilhelm II forderte bereits 1914, dass „von Belgien und Frankreich zu annektierende Gebiete evakuiert und mit Militärkolonien in der Form von Landzuwendungen an verdiente Unteroffiziere und Mannschaften besiedelt werden müssten.“¹ Im Klartext: Teile Belgiens sollten Land deutscher Kolonisten werden, hunderttausende Belgier sollten vertrieben werden. Reichskanzler Bethmann Hollweg schrieb bereits fünf Wochen nach Beginn des Ersten Weltkriegs in seinem „September-Programm“:

„Gleichviel, jedenfalls muss ganz Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallen-Staat herabsinken und [...] wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden.“²

Argument 2

Es waren die Militärs und die „Alldeutschen“, die expansive Kriegsziele vertraten. Die Politik jedoch steuerte dagegen.

Antwort: Richtig ist an diesem Argument nur, dass es in Deutschland einige Gruppierungen und Kapitalfraktionen gab, die besonders aggressive Kriegsziele verfolgten. Doch auch der immer wieder als „gemäßigt“ bezeichnete Reichskanzler Bethmann Hollweg definierte bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn für den Fall eines schnellen militärischen Sieges als Zielsetzungen eines „Präliminarfriedens“ die folgenden: „Frankreich: Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westhangs der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist. In jedem Fall abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey. Ferner [ist als Forderung gegenüber Frankreich] erforderlich eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muss so hoch sein, dass Frankreich nicht instande ist, in den nächsten 15-20 Jahren erhebliche Mittel für Rüstungen aufzuwenden. [...] Luxemburg wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg [...] Holland äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns zu bringen. [...] Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie

die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist; desgleichen die Russland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft.“

Das waren wohlgerne keine Tagebucheintragungen; es handelte sich nicht um Auszüge aus Briefen an die Werte Gattin. So beschrieb der deutsche Reichskanzler seine Kriegsziele in seinem „Septemberprogramm“.³ Aber hallo – geht’s noch deutlicher?

Argument 3

Die deutsche Wirtschaft hielt sich zurück. Oder noch besser: Diese spielte im Ersten Weltkrieg keine Rolle.

Antwort: Das ist der wunderlichste und am meisten beunruhigende Aspekt in der aktuellen WKI-Debatte: Die Industrie, die Banken, die Wirtschaft als Ganzes – diese tauchen schlicht nicht auf. Nimmt man beispielsweise den 920-Seiten-Schmöcker von Herfried Münkler und sucht im Register nach prominenten Industriellen-Namen, so ist fast durchweg Fehlanzeige zu registrieren. Wenn dann tatsächlich der Name „Krupp, Alfred“ auftaucht und man auf die einzige hier angegebene Seite (114) geht, so taucht dort nicht einmal der Name „Alfred Krupp“ auf. Man erfährt nur etwas über das „42-cm-Steilfeuer-Geschütz“ mit Namen „Dicke Berta“, hergestellt von der „Kanonenschmiede Krupp“. Da steht nichts über Krupp als größten Stahlkonzern Europas und wichtigsten Rüstungslieferanten des Kaiserreichs.⁴

Tatsächlich spielten die großen Konzerne und Banken eine maßgebliche Rolle beim Weg in den Krieg. Vor allem verdienten sie immense Summen mit diesem Krieg. Entsprechend formulierten sie vor dem Krieg und im Krieg selbst immer wieder ihre expansiven Kriegsziele. Um nur wenige solche Eingaben zu nennen: Am 31. August 1914 unterbreitete Hermann Röchling (sein Unternehmen lieferte den Spezialstahl für die Stahlhelme der deutschen Armee) eine Denkschrift mit präzisen Forderungen, welche Gebiete zu annektieren sind. Ebenfalls im September überreichte der Abgeordnete Erzberger in seiner Funktion als Rüstungslobbyist eine „Denkschrift“ von August Thyssen (Satz 1: „Unsere Armee ist geradezu großartig!“). Auch in diesem Dokument wird in

Detail beschrieben, was alles „dem Deutschen Reich einverleibt werden“ müsse – beispielsweise, um einmal eine nach Osten gerichtete Forderung zu zitieren: „Russland muss uns die Ostprovinzen [...] das Don-Gebiet mit Odessa, die Krim, sowie asowisches Gebiet und den Kaukasus abtreten, um auf dem Landwege Kleinasien und Persien zu erreichen.“

Am 16. November 1914 gab es eine Kriegsziele-„Denkschrift“, die u.a. von Hugo Stinnes, dem Stahl- und Rüstungsindustriellen vorgetragen wurde. Dort heißt es u.a. „Dass wir Antwerpen wegen seiner außerordentlichen Bedeutung für unsere weltwirtschaftliche Stellung behalten müssen, darüber ist die Stimmung unseres Volkes in allen seinen Schichten von seltener Einmütigkeit.“ Am 10. März 1915 gab es dann hochoffiziell eine „Kriegszieleingabe“, die u.a. vom Centralverband deutscher Industrieller und dem „Bund der Industriellen“, aber auch dem „Bund der Landwirte“ unterzeichnet worden war. Und so geht das weiter bis Jahr 1918 hinein.⁵

Argument 4

Es gab in Deutschland auch Industrielle und Banker, die versuchten, die militaristischen und expansionistischen Tendenzen auszubremsen. Sie setzen auf Export. Und Kriege sind immer exportschädigend.

Antwort: An diesem Argument ist einiges dran. Allerdings sollte dabei einerseits der Hintergrund erkannt werden, der bei einigen führenden Wirtschaftsleuten zu dieser Zurückhaltung beitrug. Andererseits muss auch das tatsächliche Ziel dieser „zurückhaltenden Kapitalisten“ identifiziert werden. Zunächst ist festzuhalten: Auch diese moderaten Industriellen schreckten nicht vor Vorschlägen für Krieg und Terror zurück. Der AEG-Chef Rathenau beispielsweise sah in England „unseren eigentlichen Feind“ und forderte im September 1914 „für die weitere Behandlung Englands [...] eine systematische Einwirkung auf die Nerven der Städte durch einen überwältigenden Luftdienst“, was auf einen Luftkrieg gegen die britischen Städte hinauslief (Rathenaus Forderung wurde dann im nächsten Weltkrieg, 1940ff umgesetzt!). Den Hintergrund für diese Zurückhaltung bei den Kriegszielen bildete bei dieser Kapitalgruppe in der Regel eine realistischere Sicht auf die militärischen Möglichkeiten. Vor allem fürchteten diese Kreise, dass England länger durchhalten würde als erwartet und dass die USA an der Seite Englands in den Krieg eintreten könnten – wie dies ja dann auch erfolgte.

Das entscheidende Ziel dieser stark exportorientierten Kapitalgruppe, die u.a. von Rathenau (AEG) und Robert Bosch personifiziert wurde, bestand in der Schaffung eines „Mit-

teleuropas unter deutscher Führung“, wobei die drei Kernelemente lauteten: erstens Sonderfrieden mit Frankreich, zweitens eine enge Zusammenarbeit Berlin – Paris und drittens eine „mitteleuropäische Zollunion“.

Rathenau im September 1914: „Der Zeitpunkt ist günstig. Nach der beispiellosen Niederwerfung Frankreichs durch unsere Armee würde eine Aufrichtung des Landes [durch einen Sonderfrieden; ZgK] niemals als Schwäche, sondern als Akt der imposanten Fernsicht erscheinen.“⁶ Im Februar 1918, also wenige Monate vor dem Zusammenbruch, meldete sich dieselbe Fraktion, nunmehr prominent vertreten durch Robert Bosch, nochmals mahnend zu Wort. Wenn der Krieg fortgesetzt würde, so die unterzeichnenden Herren, würde „die Widerstandskraft unseres Volkes gegen die revolutionäre Unruhe [...] schließlich zusammenbrechen.“ Gefordert wurde ein schnelles Kriegsende. Nur damit „können wir einen Frieden schließen, der einmal unsere koloniale Zukunft sichert [und] sodann es uns ermöglicht, ein unter unserer Führung stehendes Mitteleuropa in den Frieden hineinzutreten.“⁷

Bilanz: Im Ersten Weltkrieg obsegierten in Deutschland die Kapitalfraktionen, die die militärische Expansion suchten. Diejenige Kapitalfraktion, die die Herrschaft in Europa durch Zollunion und Wirtschaftsmacht herstellen wollte, äußerte zwar intern ihre eigenen Vorstellungen, kassierte aber die Früchte der militärischen Siege bereitwillig mit. Nach 1933 setzten dann alle deutschen Großkonzerne und Banken auf die militärische Expansion – zumal nun ja der Schlieffen-Plan, der schnelle Sieg im Westen, erfolgreich schien.

Ab Mai 1945 musste man feststellen: Dumm gelaufen. Nunmehr orientierten alle deutschen Kapitalfraktionen – durchaus notgedrungen – auf die Eroberung der Macht in Europa mittels wirtschaftlicher Durchdringung.

Seit 1992 wird diese Zielsetzung erneut durch Auslandseinsätze der Bundeswehr und durch den Aufbau einer europäischen Armee militärisch „untersetzt“.

Anmerkungen:

- Zitiert von Bethmann Hollweg, „Kriegsziel-Richtlinien“, vom 9. September 1914 („Septemberprogramm“), in: *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, herausgegeben von Reinhard Opitz, Bonn 1994, S. 216.
- Kriegsziel-Richtlinien Bethmann Hollwegs vom 9. September 1914, abgedruckt bei Opitz, a.a.O., S. 217.
- Aus dem Text wie in Fußnote (2).
- Unter „Bosch“ steht im Namensregister zwar „Carl Bosch“, doch auf der angegebenen Seite (390) findet man nur etwas zum Haber-Bosch-Verfahren, nichts zum Industriellen. Thyssen – Fehlanzeige, dafür wird Leo Trotzki drei Mal und der altgriechische Historiker Thukydides gar vier Mal erwähnt.
- Stinnes-Denkschrift bei Opitz S. S.275ff; „Kriegszieleingabe“ der Wirtschaftsverbände vom März 1915 bei Opitz S. 302ff.
- Kriegsdenkschrift Walter Rathenau vom 7. September 1914, wiedergegeben bei R. Opitz, a.a.O., S. 213.
- Eingabe von Friedrich Naumann, Ernst Jäckh und Robert Bosch an General Ludendorff vom 11. Februar 1918; abgedruckt bei R. Opitz, S. 418.

Das Gefechtsübungszenrum GÜZ in der Altmark

Krieg beginnt hier!

Monty Schädel

Während in den Nachrichten über die weltweit stattfindenden Kriege viel darüber berichtet wird, dass bewaffnete Gruppen in der Ukraine, in Afghanistan, Syrien, Libyen, im Nahen Osten, auf der Arabischen Halbinsel oder anderen Teilen Afrikas mit politischer Billigung beziehungsweise militärischer Unterstützung aus den USA, seitens Frankreichs, Großbritanniens oder Russlands aktiv sind, erscheint die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für solche Kriege meist verschleiert. Wortreich lassen sich der Außenminister und die Kanzlerin in Reden an Konferenztischen und in Pressekonferenzen aus. Der Bundespräsident fordert mehr internationales Engagement – auch mal mit Waffen. Die Kriegsministerin redet davon, dass die sozialen Bedingungen für die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz und in den Kasernen angenehmer gestaltet werden müssten (s. S. 8). Der Bundeswehrverband fordert für die Soldatinnen und Soldaten und ihre „Leistungen“ mehr Respekt und Anerkennung durch die Gesellschaft. Dabei wird vielfach so getan, als ob die Bundeswehr nicht seit 15 Jahren durchgehend im offenen Kriegseinsatz wäre. Als ob nicht zunehmend eine Militarisierung in allen öffentlichen Bereichen der Gesellschaft stattfinden würde. Als ob nicht die Anschaffung neuer Kriegstechnologie für die Bundeswehr vorbereitet würde. Als ob nicht gerade auch die Bundesrepublik in alle Welt Waffen aller Art liefern würde. Als ob nicht die Bundesrepublik bereits heute für Armut, Krieg, Flüchtlingselend und Zerstörung verantwortlich sein würde. Als ob die Bundeswehr nicht längst als Instrument einer aggressiven (Wirtschafts-) Politik genutzt werden würde.

Dieses konkrete kriegerische und militärische Handeln nimmt in der aktuellen öffentlichen Debatte nur Randplätze ein. Dabei beginnen viele der Kriege hier. Sie werden in der Bundesrepublik vorbereitet!

Einer der Orte der Kriegsvorbereitung ist das Gefechtsübungszenrum GÜZ in der Altmark. „Mit dem Gefechtsübungszenrum Heer auf dem Truppenübungsplatz Altmark ist eine effektive, kostenwirksame und umweltschonende Einrichtung geschaffen worden, die es ermöglicht, in bisher nicht gekannter Weise realitäts- und einsatznah auszubilden.“ So die Bundeswehr im O-Ton. Diese unterschlägt dabei zu erwähnen, dass die Anwendung der in der Altmark erlernten und trainierten Kriegstechniken dann in den Einsatzländern weniger „umweltschonend“ und in der Folge für die Gesellschaften dort äußerst kostenintensiv sind. Und vor allem: Dass der von deutschen Soldaten ausgehende Tod und die Zerstörungen „effektiv“ im Sinne von endgültig sind. Auf einem Gelände von etwa 230 Quadratkilometern, das dem Rüstungskonzern Rheinmetall gehört und von der Bundeswehr gemietet ist (s. S. 12), ist nach Eigendarstellung der Bundeswehr der modernste Truppenübungsplatz in Europa entstanden. Um für die von Gauck identifizierte „weltweite Verantwortung“ ausreichend

gewappnet zu sein, wird das „Angebot“ ständig aktualisiert.

Seit 2013 entsteht hier ein neuer „Urbaner Ballungsraum der Bundeswehr“. Für 100 Millionen Euro wird, zur Übung für kommende Kriege im Ausland, oder im Inland, „eine hochmoderne Ausbildungs-Infrastruktur, die Übungsstadt Schnöggersburg“ gebaut. In dieser „Stadt“ sollen dann unterschiedliche Szenarien der Einsätze unter „realen Bedingungen“ trainiert werden: Aufstandsbekehrung und der Krieg in Städten.

Krieg beginnt also höchst real hier. Er ist kein Zustand, der auf einmal da ist, weil „die Zeit dafür herangereift“ ist. Wie auch an anderen Standorten wird der Krieg in der Altmark auf dem GÜZ höchst konkret vorbereitet. Rüstungsindustrie, Politik und Militär wirken abgestimmt auf einander. Während es gerade auch, wenn auch nicht nur, in Sachsen-Anhalt für die Menschen an Perspektiven und Entwicklung mangelt, während als Folge von Schuldenbremse und kommunaler Krise Busverbindungen gestrichen, Straßenbahnbetrieb eingestellt und auch erste U-Bahn-Stationen aufgegeben werden, werden dort einfach mal so aus dem Handgelenk mehr als 100 Millionen Euro dafür ausgegeben, eine U-Bahnstation auf einem Truppenübungsplatz zu bauen.

Den Menschen einer ganzen Region wird allein das Militär und die Vorbereitung auf den Krieg als „Perspektive“ ange-dient. Andere Investitionen sind nicht einmal in Sichtweite. In einem künstlich geschaffenen Kreislauf werden das Militär, die wirtschaftliche Entwicklung und die Perspektive für die vor Ort lebenden Menschen miteinander verkoppelt. Das Militär und das mörderische Handwerk von Soldaten werden zum Normalzustand.

Diesen „Normalzustand“ zu brechen versuchen seit mehr als 20 Jahren die Aktiven der „Offenen Heide“, der Bürgerinitiative für eine zivile Nutzung des Geländes in der Altmark. Unterstützung erhalten sie seit wenigen Jahren u.a. durch das 2014 zum dritten Mal in der Region stattfindenden Internationale Diskussions- Aktionscamp WAR STARTS HERE! In Arbeitsgruppen und Workshops wird hier über die verschiedenen Bereiche der Militarisierung informiert, über die weltweiten Auswirkungen diskutiert und mit Aktionen in der Öffentlichkeit Widerstand praktiziert. Orte der Kriegführung und Kriegsvorbereitung werden markiert, blockiert und sabotiert. Mehr und mehr setzt sich in der Antikriegs- und Friedensbewegung durch, dass dieser Ort in der Mitte der Bundesrepublik wie kaum ein anderer als Kristallisationspunkt der Bewegung angesehen werden kann. Niemand soll später sagen können, die Bundesrepublik wäre in einen Krieg „schlafwandelnd hineingeschlittert“. – Krieg beginnt hier! – Hier kann er gestoppt werden!

Weitere Infos: Internationales war-starts-here-camp 2014, 17.-25. August 2014 in der Altmark – www.warstartsherecamp.org · Gewaltfreie Aktion GÜZ-abschaffen! – www.gewaltfreie-aktion-guez-abschaffen.de · BI Offene Heide – www.offeneheide.de

Monty Schädel ist Mitherausgeber der Zeitung gegen den Krieg und Politischer Geschäftsführer der DFG-VK.



Abgeschossenes Passagierflugzeug: Wer war's? Wem nutzt das?

Uli Cremer

Für westliche Medien und Politik ist die Sache auch ohne nähere Untersuchung klar: Die Separatisten sind „Massenmörder“. Sie tragen die Verantwortung für den Flugzeugabschuss. Doch sollte man bei der Beurteilung der Lage vorsichtig sein. Leider ist die Täterschaft allen am Konflikt Beteiligten zuzutrauen.

Für die Separatisten als Täter spricht, dass nur sie in der Ostukraine bisher (Militär-) Flugzeuge und Hubschrauber abgeschossen haben. Sie könnten das Zivilflugzeug mit einem militärischen Transportflugzeug verwechselt haben. Facebook-Einträge und Telefonmitschnitte des ukrainischen Geheimdienstes können genauso gut gefälscht sein. Schließlich arbeitet der SBU mit den US-Geheimdienstprofis zusammen.

Verfügen die Separatisten über die notwendige Waffentechnik? Bisher hatten sie nur Objekte in niedriger Höhe abgeschossen. Der ukrainische Generalstaatsanwalt bestritt noch am 18. Juli 2014, dass sie ein entsprechendes BUK-Raketenwaffensystem erbeutet hätten. Doch die russische Armee könnte Gerät und Personal in die Ostukraine verbracht haben. Nur warum hätte dieses professionelle Personal das Zivil- mit einem Militärtransportflugzeug verwechselt? Und: Wo sind die Beweise?

Nutzen zieht aus dem Abschuss politisch nur die Poroschenko-Regierung. Russland und die Separatisten sind durch den ihnen zugeschriebenen Abschuss international desavouiert. Konsequenzen könnten neben schärferen Sanktionen gegen Russland auch mehr militärische Unterstützung für Kiew durch westliche Waffen und Personal sein. Die Waffentechnik, um ein Flugzeug in 10000 Meter Höhe abzuschießen, besitzt die Poroschenko-Regierung. Zugehörige Theorie: Kiew hätte das Zivilflugzeug mit Absicht abgeschossen, um die Tat dann den Separatisten anzuhängen. Beweise? Bisher Fehlannonce.

Auch ein versehentlicher Treffer durch die ukrainische Armee ist nicht so abwegig: Im Jahre 2001 wurde bei einer Militärübung ein russischen Passagierflugzeug durch eine ukrainische Rakete abgeschossen. Damals starben 78 Menschen.

Uli Cremer ist Sprecher der Grünen Friedensinitiative und Mitglied der DFG-VK

Pogrom 2014

Rolf Verleger

Als 1903 ein Junge bei Kischinew ermordet aufgefunden wurde, stellten dort die „guten Christenmenschen“ die Juden als blutrünstige Monster dar. Der Volkszorn entlud sich im ersten Kischinewer Pogrom.

2014 wurden im von Israel besetzten Westjordanland drei jüdische Schüler umgebracht. Für „gute Juden“ ist die Sache klar: Blutrünstige Monster sind die Hamas, die Araber, die Muslime. Der Volkszorn entlud sich in der militärischen Ermordung Hunderter Bewohner von Gasa.

Diese Ereignisse haben einen inneren Zusammenhang: In einer Wolfswelt werden Schafe selbst zu Wölfen. Nach dem Kischinewer Pogrom 1903 propagierte der junge Wladimir Jabotinsky „Juden, lernt schießen“. Nach weiteren Pogromen gegen Juden 1905 gingen viele junge Juden nach Palästina, mit ihren Gewehren. Jabotinsky gründete die Bewegung, die heute Netanjahus Regierungspartei ist.

„Tod den Juden“ von damals, „Tod den Arabern“ von heute: Und daher gibt es 2014 ein planvolles Pogrom gegen Gasa, verübt von Fachleuten. Die Motivlage ist identisch zu 1903: Nationalistischer Hass, religiöser Wahn, Zorn über ermordete Kinder, Wut über die Gegenwehr, Mordlust.

Es scheint sich seit Israels letztem Massaker gegen Gasa 2009 nichts geändert zu haben. Aber das stimmt nicht. Internationale Unterstützung für dieses Israel schwindet. Kein normaler Mensch möchte mit solchen Rassisten noch etwas zu tun haben. Und das wird seine Wirkung haben. Auch das Zaarenreich ist zusammengebrochen.

Rolf Verleger ist Psychologe, Hochschullehrer und Essayist; er war Direktionsmitglied im Zentralrat der Juden

Erklärung

Jawohl, wir sind einseitig: Einseitig gegen Bomben aller Art und gegen "Frieden schaffen mit Waffengewalt."

Wir stehen bei allen Eltern, die ihre Kinder zu Grabe tragen. Wir stehen nicht bei denen, die Bomben werfen.

Wer die Macht hat, Menschen schutzlos aus der Luft zu bombardieren, wer die Macht hat, den Siedlungsbau im Westjordanland und in Ost-Jerusalem immer weiterzutreiben, wird ein friedliches Zusammenleben eines israelischen und eines palästinensischen Staates in ferner Zukunft, jetzt zerstören.

Wer die Macht hat, so viele Medien zu beeinflussen, der ist am Zuge, Propaganda, die die Spirale des Terrors weiter dreht, durch überparteiliche, wahrhaftige Berichterstattung zu ersetzen.

Nur der Verzicht auf Gewalt kann ein friedliches Miteinander bewirken.

Daniela Dahn · Diether Dehm · Ilseget und Heiner Fink · Heidrun Hegewald · Inge Keller · Manfred Maurenbrecher · Albrecht Müller · Renate Richter · Peter Sodann · Eckart Spoo · Konstantin Wecker · Manfred Wekwerth †

Eine Auswahl von aktuellen Terminen zu Antikriegsaktivitäten

8.-16.8.2014 – *Fahrrad-Sternfahrt der DFG-VK „Für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa“* // Aktive unter anderem aus Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, NRW fahren mit dem Fahrrad nach Berlin // Treffpunkt Berlin 16.8. 10.00 Uhr am Olympiastadion (Coubertinplatz). Von dort Fahrraddemo zum Brandenburger Tor, Übergabe einer Friedenserklärung an einzelne Botschaften der Kriegsgegner des Ersten Weltkrieges // Ankunft Alexanderplatz ca.: 14.30 Uhr – Empfang der Fahrerinnen und Fahrer durch Gregor Gysi // Mehr Infos: www.sternfahrt2014.dfg-vk.de

2.-11.8.2014 – *Aktionscamp am Fliegerhorst Büchel „Atomwaffen abschaffen – Modernisierung verhindern!“* // Infos: www.buechel-atomwaffenfrei.de

1.9.2014 – *Weltfriedenstag/Antikriegstag* // 75. Jahrestag des Überfalls Polens durch die faschistische deutsche Wehrmacht und damit Beginn des Zweiten Weltkriegs

14.9.2014 – *Tag der Mahnung – Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg* // Der Tag der Erinnerung und Mahnung gehört zu den größten regelmäßigen Veranstaltungen, die das Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes und die Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus verbinden. Damit gelang es, den „Tag der Opfer des Faschismus“ nach 1990 weiterzuführen und ihm ein neues Gesicht zu geben. // Mehr Infos: www.tag-der-mahnung.de

4.-5.9.2014 – *Protest zum NATO-Gipfel in Wales* (Siehe Artikel

von T. Pflüger auf Seite 11) Mehr Infos: www.nonatonewport.org

4.10.2014 – *Erster Globaler Aktionstag gegen die Nutzung von Drohnen zur Überwachung und zum Töten* // Die Pläne für diesen Globalen Aktionstag wurden zunächst bei einem Treffen in Berlin im Dezember 2013 von Anti-Drohnen-Aktiven aus acht europäischen Ländern, aus Pakistan und den USA diskutiert. Der Globale Aktionstag soll als Gelegenheit genutzt werden, GEMEINSAM AUF DER GANZEN WELT Aktionen gegen den Einsatz von Drohnen, Satelliten und Bodenstationen zur Überwachung und Tötung zu organisieren. Je nach den Möglichkeiten vor Ort werden sich die Aktionen stark voneinander unterscheiden. Organisiert Ihr in Euren Regionen mit! // Mehr Infos: www.drohnen-kampagne.de

2.12.2014 – *Gedenkveranstaltung der Fraktion DIE LINKE für Karl Liebknecht anlässlich der Ablehnung der Kriegskredite* // Abends (Ort wird noch bekannt gegeben), mit Konstantin Wecker, Esther Bejerano und Microphone Mafia u.v.a. // Mehr Infos: www.linksfraktion.de

6.-7.12.2014 – *Kasseler Friedensratschlag* // Mehr Infos: www.friedensratschlag.de

10.12.2014 – *Aktionstag für ein „Menschenrecht auf Frieden“* // Mehr Infos: www.kulturfriedens.de

Weitere Termine aus der Bewegung: www.termine.zeitung-gegen-den-krieg.de



Vor Verdun

Kurt Tucholsky

Weissbluten

Nachdem der deutsche Vormarsch in Nordfrankreich bereits im Herbst 1914 ins Stocken geriet und der Schlieffen-Plan zu scheitern drohte, mit einem schnellen Sieg im Westen den Großteil der Truppen im Osten gegen Russland zu konzentrieren, änderte die deutsche Führung ihr Vorgehen. Jetzt wurde die große Schlacht mit Verdun an einer Stelle gesucht, von der man annahm, dass die französische Regierung aus Prestigegründen alles in ihrer Macht Stehende aufbieten würde, um diese Region mit den vielen Festungen zu halten. Hier sollte, wie der Generalstabchef Falkenhayn es formulierte, „Frankreich weissbluten“ oder „ausbluten“. Tatsächlich kam es zum „Weissbluten“ – aber auf beiden Seiten.

Kurt Tucholsky besuchte 1924 die Schlachtfelder in der Region von Verdun. Er verfasste den hier leicht gekürzten, eindrucksvollen Bericht.



Längs der Bahn tauchen die ersten Haustrümmer auf – ungefähr bei Vitry fängt das an. Ruinen, dachlose Gebäude, herunterhängender Mörtel, Balken, die in die Luft ragen [...] Der Zug hält. Auf dem Nebengleis steht ein Wagen. „FUMEUR“ steht an einer Tür. [...] Verdun, eine kleine Stadt in der Provinz. Hat in der neuen Zeit schon einmal daran glauben müssen: im Jahr 1870. Die Besatzung, die damals mit allen militärischen Ehren kapitulierte, zog ab und die Stadt kam unter deutsche Verwaltung. Der deutsche Beamte, der ihr und dem Departement Meuse vorgesetzt wurde, trug den Namen: von Bethmann Hollweg¹. Man kann ein kleines Heft kaufen: „Verdun vorher und nachher“. Es muss eine hübsche, nette und freundliche Stadt gewesen sein. [...] Aber es handelt sich ja nicht um Verdun, nicht um die kleine Stadt. Um Verdun herum lagen vierunddreißig Forts. [...]

Hier ist eine Million Menschen gestorben. Hier haben sie sich bewiesen. Wer Recht hat in einem Streit, dessen Ziel und Zweck schon nach Monaten keiner mehr erkannte. Hier haben die Konsumenten von Krupp und Schneider-Creusot die heimischen Industrien gehoben² (und wer da wen beliefert hatte, ist noch gar nicht einmal sicher). Auf französischer Seite sind vierhunderttausend Menschen gefallen, davon sind annähernd dreihunderttausend nicht mehr auffindbar, vermisst, verschüttet, verschwunden... Die Gegend sieht aus wie eine mit Gras bewachsene Mondlandschaft. [...] Überall liegen Gruben und Vertiefungen, das sind die Einschläge. An den Wegen verbogene Eisenteile, zertrümmerte Unterstände, Löcher, in denen einst Menschen gehaust haben. Menschen? Es waren kaum noch welche. [...]

Der Wagen hält. Diese kleine Hügelgruppe: das ist das Fort Vaux. [...] Es geht ein paar Stufen hinunter. Hier. Um diesen Kohlenkeller³ haben sich zwei Nationen vier Jahre lang geschlagen. Da war der tote Punkt,

wo es nicht weiter ging. [...] Ausgemauerte Galerien, mit Beton ausgelegt, die Wände sind feucht und nassen. In diesem Holzgang lagen einst die Deutschen; gegenüber, einen Meter von ihnen, die Franzosen. Hier mordeten sie Mann gegen Mann, Handgranate gegen Handgranate. Im Dunkeln, bei Tag und Nacht. [...] Am 8. Juni 1916 fiel das Fort. Fiel? Die Leute mussten truppweise herausgehackt werden, mit den Bajonetten, mit den Flammenwerfern, mit Handgranaten, mit Gas. [...]

Und dann gehen wir ins Verbandzimmer. Es ist ein enges Loch, drei Tische mögen darin Platz gehabt haben. Einer steht noch. An den Wänden hängen kleine Schränke. Oben ist, durch eine Treppe erreichbar, der Alkoven des Arztes. Ich habe einmal die alte Synagoge in Prag besucht, halb unter der Erde, wohin sich die Juden verkrochen, wenn draußen die Steine hagelten. Die Wände haben die Gebete eingesogen, der Raum ist voller Herzensnot. Doch dieses hier ist viel furchtbarer. An den Wänden kleben die Schreie – hier wurde zusammengeflickt und umwickelt, hier verröchelte, erstickte, verbrüllte und kreperte, was oben zugrunde gerichtet worden war. Und die Helfer? [...] Was konnten sie tun? Aus blutdurchnässten Wunden auswickeln, was noch an Leben in ihnen stak, das verbrannte und zerstampfte Fleisch der Kameraden mit irgendwelchen Salben und Tinkturen bepinseln und schneiden und trennen und losmeißeln und amputieren ... Linderung? Sie wussten ja nicht einmal, ob sie diese Stümpfe noch lebendig herausbekämen. Manchmal war alles abgeschnitten. [...] Wir sehen uns in dem blankgescheuerten Raum um. Niemand spricht ein Wort. [...] Vor dem Tor hat man für einige Gefallene Gräber errichtet, das sind seltene Ausnahmen, sie liegen allein und man weiß, wer sie sind. An einem hängt ein kleiner Blechkranz mit silbernen Buchstaben: Mon mari [mein Mann].

Und an einem Abhang stehen alte

Knarren, die flachen schiefgeschnittenen Feldflaschen der Franzosen, verrostet, zerbeult, löchrig. Das wurde einmal an die durstigen Lippen gehalten. Wasser floss in einen Organismus, damit er weiter morden kann. Weiter, weiter –!

Drüben liegt Fort Douaumont, das überraschend fiel; die Höhe 304; da das Fort de Tavannes. Teure Namen, wie? Einem alten Soldaten, der hier gestanden hat und lebendig herausgekommen ist, muss merkwürdig zumute sein, wenn er jetzt diese Gegend wieder sieht, still, stumpf, kein Schuss. Weit dahinten am Horizont raucht das, was dem deutschen Idealismus 1914 so sehr gefehlt hat: das Erzlager von Briey⁴. Und wir fahren weiter.

Die Sturmreihen sind in der Erde versunken, die armen Jungen, die man hier vorgetrieben hat, wenn sie hinten als Munitionsdreher ausgedient hatten. Hier vorm arbeiteten sie für die Fabrikherren viel besser und wirkungsvoller. Die Rüstungsindustrie war ihnen Vater und Mutter gewesen; Schule, Bücher, Zeitung, die dreimal verfluchte Zeitung, die Kirche, mit dem in den Landesfarben angestrichenen Herrgott – all das war im Besitz der Industriekapitäne, verteilt und kontrolliert wie Aktienpakete. Der Staat, das arme Luder, durfte die Nationalhymne singen und Krieg erklären. Gemacht, vorbereitet, geführt und beendet wurde anderswo.

Und die Eltern? Dafür Söhne aufgezogen, Bettchen gedeckt, den Zeigefinger zum Lesen geführt, Erben eingesetzt? Man müsste glauben, sie sprächen: Weil ihr uns das einzige genommen habt, was wir hatten, den Sohn – dafür Vergeltung! Den Sohn, die Söhne haben sie ziemlich leicht hergegeben. Steuern zahlen sie weniger gern. Das Entartetste auf der Welt ist eine Mutter, die darauf noch stolz ist, das, was ihr Schoß einmal geboren, im Schlamm und Kot umsinken zu sehen. Bild und Orden unter Glas und Rahmen – „mein Arthur!“ Und wenn's morgen wieder angeht –?

Der Führer nennt Namen und Zahlen. Er zeigt weit über das Land: da hinten, da ganz hinten lag das Quartier des Kronprinzen⁵. Ein bisschen fern vom Schuss – ich weiß: das bringt das Geschäft so mit sich. [...] An einer Stelle steht ein Denkmal, ein verendeter Löwe. Das war der Punkt, bis zu dem die Deutschen vorgedrungen sind. (Übrigens findet sich nirgends auch nur die leiseste Beschimpfung des Gegners – immer und überall, in den Schilderungen, den Beschreibungen, den Aufschriften wird der Feind als kämpfender Soldat geachtet und niemals anders bezeichnet.) Bis hierher ging es also. Das Reich erstreckte sich damals von Berlin bis zu dieser Stelle. Abschiedsküsse auf dem Bahnhof, die Fahrt – acht Pferde oder 40 Mann – und dann der Tod auf diesen Feldern. Dies war der letzte Zipfel.

Und dahinter das Land. Da lag dieses ungeheure Heereslager, dieser Jahrmarkt der Eitelkeiten, diese Konzentration von Rohheit, Stumpfsinn, Amtsverbrechen, falsch verstandener Heldenhaftigkeit; da fuhren, marschierten, rollten, telefonierten, schufteten und schossen die als Soldaten verkleideten Uhrmacher, Telegrafensekretäre, Gewerkschaftler, Oberlehrer, Bankbeamten, geführt und führend, betrügend und betrogen, mordend, ohne den Feind zu sehen, in der Kollektivität tödend, die Verantwortung immer auf den nächsten abschiebend. Es war eine Fabrik der Schlacht, eine Mechanisierung der Schlacht, überpersönlich, unpersönlich. „Die Division“ wurde eingesetzt, hineingeworfen – die Werfer blieben draußen –, sie wurden wieder herausgezogen. Achilles und Hektor kämpften noch miteinander; dieser Krieg jedoch wurde von der Stange gekauft. Und archaisch war nur noch die Terminologie, mit der man ihn umlog: das blitzende Schwert, die flatternden Fahnen, die gekreuzten Klingen. Landsknechte? Fabrikarbeiter des Todes.

Der Horizont ist grau, es ist, als sei kein Leben mehr in dem Landstrich. Da kämpften sie Brust an

Brust: Proletarier gegen Poletarier, Klassengenossen gegen Klassengenossen, Handwerker gegen Handwerker. Da zerfleischt sich einheitlich aufgebaute ökonomische Schichten, da wütete das Volk gegen sich selbst, ein Volk, ein einziges: das der Arbeit. Hinten rieben sich welche voller Angst die Hände. [...]

Es regnet in dichten Strömen. Der Wagen rollt. Der Schlamm spritzt. Und immer wieder Stacheldraht, Steinbrocken, verrostetes Eisen, Wellblech.

Ist es vorbei –? Sühne, Buße, Absolution? Gibt es eine Zeitung, die heute noch ausruft: „Wir haben geirrt! Wir haben uns belügen lassen!“? Das wäre noch der mildeste Fall. Gibt es auch nur eine, die nun dem Leser jahrelang das wahre Gesicht des Krieges eingetrommelt hätte, so wie sie ihnen jahrelang diese widerwärtige Mordbe-

geisterung eingebleut hat? [...] Habt ihr einmal, ein einziges Mal nur, wenigstens nach dem Krieg die volle, nackte, verlaust-blutige Wahrheit gezeigt? Nachrichten wollen die Zeitungen, Nachrichten wollen sie alle. Die Wahrheit will keine.

Und aus dem Grau des Himmels taucht mir eine riesige Gestalt auf, ein schlanker und ranker Offizier, mit ungeheuer langen Beinen, Wickelgamaschen, einer schnittigen Figur, den Scherben im Auge. Er feixt. Und kräht mit einer Stimme, die auf den Kasernenhöfen halb Deutschland angepiffen hat, und vor der sich die Welt schüttelt in Entsetzen: „Nochmal! Nochmal! Nochmal –!“

Quelle: Kurt Tucholsky, „Vor Verdun“, 1924; in: Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke, Hamburg 1975 (Rowohlt), Band 3, S. 431ff. Alle Anmerkungen: ZgK-Redaktion. Anmerkungen:

1 Es handelte sich offensichtlich um Moritz

August von Bethmann Hollweg. Dessen Enkel, Theobald von Bethmann Hollweg, war von 1909 bis Juli 1917 deutscher Reichskanzler. Er bestimmte maßgeblich die deutsche Politik im Vorfeld des Ersten Weltkriegs und in demselben.

2 Krupp war der größte deutsche Rüstungskonzern; Schneider-Creusot der wichtigste französische. Der Umsatz von Krupp verdreifachte sich von 1914 bis 1918 (von 516 Mio RM auf 1,5 Mrd. RM 1918).

3 Gemeint ist die gesamte an Kohle und Erz reiche Region.

4 Es handelte sich um ein strategisch wichtiges Erzvorkommen Frankreichs, das mit dem deutschen Zangenangriff auf Frankreich über Belgien erobert werden sollte, womit die deutsche Stahlindustrie Zugriff auf wichtige Erz-Ressourcen erlangt hätte. Der deutsche Industrielle Emil Kirdorf, Generaldirektor der Gelsenkicher Bergwerks AG, Europas größtem Kohlekonzern, ab Mitte der 1920er Jahre Förderer von Adolf Hitler, schrieb kurz nach Beginn der deutschen Offensive im Raum Verdun: „Deshalb müssen in diese Gebiete [die nach dem erwarteten Sieg dem Deutschen Reich zuzuschlagen seien], welche naturgemäß schon das für die Zukunft der deutschen Stahlindustrie unentbehrliche Erzbecken von Briey einschließen, auch die nördlichen Kohlegebiete ein-

geschlossen werden.“ E. Kirdorf, *Kriegsziel Denkschrift vom 15. Mai 1915*, in: *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945*, herausgegeben von Reinhard Opitz, Bonn 1994 (Nachdruck; Pahl-Rugenstein), S. 333.

5 Gemeint ist der deutsche Kronprinz Wilhelm, der Thronfolger von Kaiser Wilhelm II, der formal zeitweilig das deutsche Armeekommando übernommen hatte. Da die deutschen Militärs fest auf einen Sieg in Verdun gesetzt hatten, sollte die Anwesenheit des Kronprinzen zur Aufwertung der Monarchie und des Hohenzollern-Geschlechts beitragen. Das Gegenteil trat ein. Der Kronprinz galt nach dem Scheitern dieses deutschen Durchbruchversuchs als „Schlächter von Verdun“. Auch Herfried Münkler konstatiert: „Der Kronprinz wurde [mit Verdun; ZgK-Red.] zum Inbegriff zynischer Menschenverachtung und galt als Kommandeur, der sich in der Etappe dem Alkohol und einer Reihe von Amouren hingab, während die Soldaten in immer neuen Angriffen verbluteten.“ (H. M., *Der große Krieg – die Welt 1914–1918*, Berlin 1914, S. 418).

6 Gemeint das für die damaligen Offiziere charakteristische Monokel.



Damals wie heute – Nein zum Krieg

1914: Nur einer blieb sitzen – Keine Gedenktafel für Karl Liebknecht

Sevim Dagdelen

100 Jahre Erster Weltkrieg – und die halbe Welt steht in Flammen. Ukraine, Palästina, Israel, Syrien, Irak sind nur einige der Schauplätze unerbittlich geführter Kriege. Die deutsche Bundesregierung ist bei diesen Kriege engagiert mit Waffen, Geld oder die Unterstützung einer Bürgerkriegspartei. Parallel dazu greift eine Diskussion bei den politischen Eliten in Deutschland wieder Raum, in der unter anderem Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU), Außenminister Steinmeier (SPD) und Bundespräsident Gauck einen Abschied von der angeblichen Kultur der militärischen Zurückhaltung einfordern. Aktuell sind 5000 Bundeswehrsoldaten in 13 „Missionen“ im Ausland engagiert. Wer dies mit einer „Kultur der Zurückhaltung“ gleichsetzt, will auf einen neuen großen Krieg vorbereiten. Dazu passt die geschichtspolitische Debatte um den 1. Weltkrieg wie sie von der Großen Koalition, aber auch den Grünen geführt wird. Der Historiker Christopher Clark wie auch der Politologe Herfried Münkler werden von Talkshow zu Talkshow gereicht.

Im Bundestag gab es eine Debatte um den Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE mit der Forderung, eine Gedenktafel für Karl Liebknechts Verweigerung der Kriegskredite im Jahr 1914, als einzigem Reichstagsabgeordneten, im Bundestag anzubringen. Dabei wurde deutlich, dass die Thesen von Clark und Münkler, wonach die Schuld am 1. Weltkrieg bei allen kriegführenden Staaten liegen würde, von CDU/CSU, SPD und Grünen geteilt werden. Liebknecht hingegen hatte am 2. Dezember 1914 in seiner persönlichen Erklärung zu seinem Nein zu den Kriegskrediten auf die Schuld des deutschen Kapitals und der deutschen und österreichischen Kriegspartei hingewiesen. „Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung

wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettübens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg.“

100 Jahre später betonte der Redner der CDU, Phillip Lengsfeld, in der entsprechenden Bundestagsdebatte, dass der „Krieg ausbrach“. Eine Gedenktafel für Liebknecht komme nicht in Frage, denn dieser sei auch Gründer der KPD gewesen. Und: „Das Wirken der KPD in der Weimarer Republik kann und wird jeder Demokrat negativ bewerten. [...] Die Entstehung der KPD ist auch untrennbar mit dem Abstimmungsverhalten von Karl Liebknecht und seinen Unterstützern beim Thema Kriegskredite verbunden.“

Die Rednerin der SPD, Heidrun Lotze, wies eine Schuld der deutschen Kriegspartei unmissverständlich zurück: „Tiefes Misstrauen unter den europäischen Großmächten und verhängnisvolle politische Fehleinschätzungen, das Versagen der Eliten und das Versagen der Demokratie führten letztendlich zum Krieg.“ Clark und Münkler lassen grüßen. Eine Gedenktafel für Liebknecht lehnte sie für die SPD ab. Der Antrag der Linken sei ein „vergifteter Antrag“. Jeder wisse doch, dass damit „auf die schwierige Rolle der SPD in den Jahren 1914 ff“ verwiesen werden soll, „weil die SPD 1914 im sogenannten Burgfrieden den Kriegskrediten zugestimmt hat.“

Die Grünen wiederum lehnten eine Gedenktafel für Liebknecht ab, weil es nicht einem „verantwortungsvollen Umgang mit unserer Vergangenheit“ entsprechen würde, wenn „eine einzelne Persönlichkeit“ geehrt würde. So ihre Rednerin Ulla Schaws.



Damit wird deutlich: Karl Liebknechts Nein zum Krieg bleibt auch 100 Jahre danach ein Skandalon für die etablierten Parteien. Der wahre Grund ist, dass sein Nein zum

Krieg in die heutige Zeit hineinreicht. Eine Zeit, in der sich das deutsche Kapital mehr und mehr auf eine auch militärisch gestützte imperialistische Politik hinbewegt. Humanitär verbrämt stehen SPD, CDU, CSU und Grüne als Kriegsparteien für diese Politik der globalen Interessensdurchsetzung. Solange dies so bleibt, wäre auch eine Koalition der Linken mit ihnen der sichere Untergang einer authentischen Linken.

Gerade als Linke ist für mich das Vermächtnis von Karl Liebknecht

sein Nein zum Krieg. Wir müssen dafür kämpfen, dass möglichst viele Nein zum Krieg sagen, damit es nicht wieder nur einer ist, der sich dem mörderischen, imperialistischen Krieg verweigert. Liebknecht blieb am 2. Dezember 1914 als einziger im Reichstag sitzen, während alle anderen Abgeordneten ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten mittels Aufstehen signalisierten. Heute gilt es, der neuen deutschen gefährlichen Großmachtspolitik an der Seite der USA in den Arm zu fallen. Machen wir uns keine Illusionen. Wir leben in einer *Vorkriegszeit*. Das spüren immer mehr Menschen in diesem Land. Unsere Aufgabe ist es, die Lügen, die die neuen Kriege mit vorbereiten, zu entlarven. Damit die Mehrheit der Bevölkerung, die Krieg als Mittel der Politik ablehnt, die keine Auslandseinsätze und Rüstungsexporte will, endlich zu ihrem Recht kommt.

Sevim Dagdelen ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag



Bundestagsdebatte vom 3. Juli 2014 Auszug aus der Rede von Sevim Dagdelen

100 Jahre Erster Weltkrieg. Erinnern wir uns! Wie groß war der Druck auch in diesem Haus, hier mitzutun? Am 4. August 1914 hatte Kaiser Wilhelm II. die Vertreter aller im Reichstag vertretenen Parteien um sich versammelt und erklärt – ich zitiere –: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Auch die oppositionelle SPD gelobte die Unterstützung des deutschen Angriffskrieges. Es war bei weitem nicht nur der rechte Noske-Flügel der SPD, der den Krieg unterstützte; (Zwischenruf Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht schon wieder!) nein, auch Linke in der SPD wollten den Krieg und fielen auf die Argumente – heute würde man das nennen: die Argumente der humanitären Intervention – herein und rechtfertigten diesen Krieg mit einem notwendigen Feldzug gegen den russischen Zarismus. Umso schwerwiegender war die Entscheidung Karl Liebknechts. (Zwischenruf Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagt mal, ihr Linken: Was macht ihr da? Danach klagt ihr wieder, dass keiner mit euch reden will!) Als es keine Fraktion mehr hier im Hause gab, die sich dem mörderischen Krieg verweigerte, tat er es als Einzelner. Wir wollen ihn deshalb stellvertretend für viele andere, die gegen den Krieg kämpften, ehren. Ja, Karl Liebknecht ist ein Vorbild für Widerstandsgeist. [...] Ernst Bloch hat einmal gesagt – ich zitiere: „Auf tausend Kriege kommen keine zehn Revolutionen; so schwer ist der aufrechte Gang.“ Liebknecht war einer, der aufrecht ging. Seit seiner Ermordung durch rechtsradikale Freikorpsoldaten unter Billigung des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske erinnert nichts an ihn hier im Reichstag. Wir, die Linke, wollen das ändern. Karl Liebknecht ist ein Vorbild für Zivilcourage.

Giftgas im Ersten Weltkrieg

BAYER an vorderster Front



Oben: Deutsche Truppen haben auf breiter Front Giftgasbehälter geöffnet, der Wind treibt das Gas in die „feindlichen“ Reihen. Unten: John Singer Sargent, Gassed, 1919, Öl auf Leinwand, 231 x 611 cm (Ausschnitt)

Jan Pehrke

Für BAYER begann der Erste Weltkrieg nicht erst am 1. August 1914. Der Konzern war bereits an den Vorbereitungen beteiligt und avancierte nicht nur zum wichtigsten Lieferanten chemischer Waffen, sondern fischte auch im „Menschenbassin Belgien“ nach Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern. Der Konzern formulierte auch die Kriegsziele mit (siehe S. 2). Von all dem will der Leverkusener Multi heute nichts mehr wissen.

Mit seinem Geschichtsbild befindet sich der BAYER-Konzern ganz auf der Höhe der Zeit, denn mit Schlafwandlern kennt er sich aus. Schon lange vor dem Erscheinen des geschichtsvergessenen Bestsellers von Christopher Clark über den Ersten Weltkrieg machte der Pharma-Riese Somnambulismus 1914 auch bei der Chemie-Industrie aus. „Sie wurde in einen Krieg hineingerissen, auf den sie nicht vorbereitet war und den sie nicht vorhergesehen hatte“, konstatiert die 1988 erschienene Firmen-Chronik „Meilensteine“. Sie zitiert eine Äußerung des damaligen Generaldirektors Carl Duisberg, wonach BAYER & Co. im allgemeinen Taumel der Kriegsbegeisterung „von schweren Depressionen befallen, kopfschüttelnd beiseite gestanden“ hätten, weil sie „eine schwere Beeinträchtigung unserer geschäftlichen Tätigkeit“ fürchteten. Standhaft lehnte Duisberg die Produktion des kriegswichtigen synthetischen Kautschuks ab, behauptet das Werk. Auch Sprengstoff wollte die Aktiengesellschaft laut „Meilensteine“ zu-

nächst nicht herstellen; nur widerwillig fügte sie sich schließlich und rührte die explosiven Gemische doch an. Zwar entwickelte sich das Unternehmen bald zum größten deutschen Produzenten, aber immer nur zwangsverpflichtet: „Auf Verlangen der militärischen Führung wurden auch die Granaten bei BAYER gefüllt.“ Und ebenfalls nur auf Verlangen machte sich angeblich eine unter anderem mit Duisberg besetzte Kommission auf die Suche nach tödlichen Chemie-Waffen. Das mögen dann selbst die Autoren nicht mehr tolerieren. „Es ist aus heutiger Sicht schwer nachvollziehbar, dass die Kommission nach besten Kräften versuchte, den Auftrag zu erfüllen“, halten sie fest. Eine aktive Rolle, die über eine solche Dienstbeflissenheit hinausgeht, spielte der Leverkusener Multi nach Dafürhalten der Konzerngeschichtsschreiber jedoch nie.

Dabei wäre der Erste Weltkrieg ohne eine solche aktive Rolle der Unternehmen gar nicht führbar gewesen. Für einen Krieg brauchen die Kontrahenten ausreichend Munition, Transportmittel, Rohstoffe und Lebensmittel, und all das bekommen sie ohne eine leistungsfähige Industrie nicht. Deshalb nahmen die Konzerne schon frühzeitig an den Vorbereitungen zum Waffengang teil. Da das Deutsche Reich sich bereits vor 1914 von wichtigen Rohstoff-Lieferungen abgeschnitten fühlte und im Kriegsfall mit einer noch einmal verschärften Versorgungssituation rechnete, kam BAYER & Co. vor allem die Aufgabe zu, auf chemischem Weg Ersatzstoffe zu produzieren.

Im Mittelpunkt der Anstrengungen stand dabei der *Salpeter*, der gleich in zweifacher Hinsicht kriegswichtig ist. Nicht nur die Lebensmittel-Produktion hängt von der Chemikalie ab, weil sie ein wichtiger Grundstoff der Düngemittel-Fertigung ist, sondern auch die Sprengstoff-Herstellung. Darum machten sich die Chemie-Multis bereits ab 1904 im Zuge der Marokko-Krise an Versuche, die Substanz auf synthetischem Wege zu gewinnen. So errichtete BAYER 1906 eine erste Versuchsanlage. Durchsetzen konnte sich aber schließlich das Haber-Bosch-Verfahren. Carl Bosch war es dann schließlich auch, welcher der Obersten Heeresleitung in Tateinheit mit Carl Duisberg zu Beginn des Krieges zusicherte, diesen Stoff immer in ausreichenden Mengen zur Verfügung zu stellen. Das ging als „Salpeter-Versprechen“ in die Geschichtsbücher ein.

Bei einer anderen strategisch wichtigen Substanz, dem vor allem bei der Reifen-Produktion unentbehrlichen Kautschuk, gelang den Farben-Fabriken BAYER (FFB) 1909 erstmals, eine synthetische Variante aus Steinkohle-Derivaten zu fertigen. Letztendlich vermochte der Kunststoff sich jedoch nicht gegen die natürliche Konkurrenz durchsetzen, denn weil die Anzahl der Kautschuk-Plantagen zunahm, fielen die Weltmarkt-Preise drastisch. BAYER gab die Herstellung auf.

Aber auch administrativ war der Chemie-Riese in die militärischen Planungen einbezogen. So saß Carl Duisberg in der „Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen“,

die im November 1913 ihre Arbeit aufnahm. Große Aktivitäten entfaltete das Gremium allerdings nicht. Der BAYER-Generaldirektor glaubte nämlich tatsächlich nicht an einen Krieg. Besser gesagt: Er wollte nicht an einen Krieg glauben. Der Leverkusener Multi war für einen solchen nämlich nicht gerüstet. Die Farben-Fabriken hatten im Gegensatz zur Konkurrenz kaum Rohstoff-Vorräte angelegt und auch keine Maßnahmen dafür getroffen, im Ernstfall die Export-Abhängigkeit kompensieren zu können. Vor allem aber fehlten Produkte für den Militär-Markt. „Nach dem Kautschuk-Debakel hatten die FFB kaum noch Kriegsoptionen“, stellt der Historiker Timo Baumann in seiner Doktorarbeit „Giftgas und Salpeter“ fest. Er bezeichnete BAYER als den unter den großen Chemie-Unternehmen am schlechtesten auf den Krieg vorbereiteten Konzern. Allein aus diesem Grund fehlte dem Herrn Generaldirektor der Tatendrang. „Duisberg blieb nichts anderes übrig, als zu hoffen, dass die Wirtschaft (...) so wichtig genommen wurde, dass ein unablässiges Zurückweichen von Krieg dessen Wahrscheinlichkeit senkte“, urteilt Baumann.

Deshalb war er dann auch „von schweren Depressionen befallen“, als der Krieg im August 1914 ausbrach. Aber es sollte schnell Besserung eintreten, denn der Konzern kam schließlich doch noch zu seiner „Kriegsoption“: Chemie-Waffen. Schon in den ersten Wochen der Kämpfe erschien der Armee-Führung die verwendeten Waffen nämlich nicht durchschlagskräftig genug. Die Oberste Heeresleitung prüfte gemeinsam mit dem Chemiker Walther Nernst Möglichkeiten zur Erhöhung der Geschöß-Wirksamkeit. Und da Duisberg während seiner Zeit in der Rüstungskommission gute Beziehungen zu den Militärs aufgebaut hatte und Nernst überdies persönlich kannte, wandten diese sich bei der praktischen Umsetzung an ihn. Der BAYER-Generaldirektor erkannte sogleich die Chance, die sich ihm bot, und drückte aufs Tempo. „Ich bin seit Ende Oktober 1914 zusammen mit Nernst [...] auf dem Wahner Schießplatz tätig gewesen, chemische Reizgeschosse zu machen“, schrieb er in einem Brief.² Schon bald danach konnte der Konzern liefern: Mit dem Reizstoff Dianisidin hatte BAYER die erste chemische Waffe für die deutschen Truppen entwickelt.

Dabei handelte es sich noch nicht um ein Gift. Die Substanz wirkte „nur“ kurzzeitig auf die Schleimhäute ein. Die Armee wollte den Feind mit ihrer Hilfe überraschen und dann sofort unter Beschuss nehmen, um ihn aus gehaltenen Häusern, von Gehöften oder engeren Ortschaften zu vertreiben. Aber bei solchen begrenzten Wirkungen blieb es nicht. „Es ist uns jedoch auch die Frage vorgelegt worden, wie man es aufgrund unserer jetzt gemachten Erfahrungen anstellen müsste, wenn man eine vollkommene Vergiftung des Gegners auf chemischen Wege durchführen wollte“, berichtete Duisberg als führender Industrieller der „Beobachtungs- und Prüfungskommission für Sprengungs- und Schießversuche“ – und hatte auch bald eine Antwort parat: Blausäure.³

Die Büchse der Pandora war geöffnet. Zum ersten Mal bei Neuve-Chapelle in der Nähe von Ypern der Sprengmunition beigemischt, bemerkten die französischen Soldaten die chemische Wirkung der 3000 verfeuerten Granaten gar nicht.

„Versuche mit neuen Geschossen“ beschäftigten Duisberg im Herbst 1914 nach eigenem Bekunden täglich, und das „schon seit Wochen“. Besonders der sich abzeichnende Stellungskrieg, in dem die Parteien sich aneinander festbissen, ohne dass eine Seite größere Geländegewinne erzielen konnte, trieb die Forschung an. Um die Patt-Situation zu beenden, galt es nämlich, „die große, schwierige Frage der Verpestung der Schützengräben mit chemischen Substanzen der Lösung näherzubringen“, wie der BAYER-Generaldirektor Krupp von Bohlen mitteilte.⁴ Die Entwicklung solcher Kampfgase gelang dem Leverkusener Multi auch, und nicht nur das. „So habe ich unsere Fabrik zur Kriegslieferungen umorganisiert, mache Sprengstoffe aller Art, fülle Granaten und bin außerdem persönlich mit Nernst zusammen mit Versuchen beschäftigt, Spezialgeschosse anzufertigen“, vermeldete Carl Duisberg stolz.⁵ „Das gemeinste Zeug“⁶ war dabei, und sogar zur Namensgebung durfte der Konzern manchmal beitragen. „Lost“ hieß ein Senfgas zu Ehren des BAYER-Forschers Wilhelm Lommel und seines Kooperationspartners Wilhelm Steinkopf vom „Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie“.

Nur die Chlorgas-Wolke, die am 22. April 1915 in Ypern erstmals zum Einsatz kam und 800 bis 1400 Menschenleben forderte, stammte nicht aus Leverkusen. Fritz Haber und die Wissenschaftler vom Kaiser-Wilhelm-Institut haben diese Waffe entwickelt, die zum Synonym für die Grausamkeit des Chemie-Krieges wurde. Sie durchlief ihre Testphase zwar in Köln-Wahn, und Duisburg versuchte auch, auf ihre Fertigung Einfluss zu nehmen, aber letztendlich betrachtete er das Chlor-Gebräu als Konkurrenz-Produkt. Zynisch und hinterhältig schrieb er von den „chlorreichen Siegen“ von Ypern, denen aber leider weitere (...) nicht gefolgt sind“, um so Reklame für die Offensiv-Waffen aus seinem eigenen Chemiebaukasten zu machen.⁷ Und tatsächlich konnte die Wolke die BAYER-Hervorbringungen nicht vom Markt drängen. Die erprobte Leverkusener „Science for Death“ erwies sich letztendlich als überlegen. „Die unter den großen Chemie-Unternehmen auf den Krieg am schlechtesten vorbereiteten Farben-Fabriken BAYER setzten am meisten Forschungskapazität für neue chemische Kampfstoffe ein“, schreibt Timo Baumann⁸ und hält fest: „Den von BAYER nun im Winter 1914/15 gewonnenen Vorsprung in der Entwicklung neuer chemischer Kampfstoffe konnten die Farbwerke HOECHST bis Kriegsende nicht mehr aufholen.“ Insgesamt geht die Forschung von 60000 bis 90000 Toten sowie rund einer Million Verletzten im von Deutschland begonnenen Gaskrieg aus.

„Pioniertaten“ gelangen dem Konzern aber auch noch auf anderen Kriegsfeldern. So nutzte Carl Duisberg seine hervorgehobene Stellung bei der Umsetzung des Hindenburg-Programmes der Obersten Heeresleitung, das die Kriegswirtschaft 1916 noch einmal ankurbeln sollte, um zu versuchen, ein Zwangsarbeitssystem zu etablieren. Was die „Meilensteine“ beschönigend als Anwerbung von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten beschreiben, nahm laut Duisberg seinen Anfang folgendermaßen: „Es war so: Als wir bei der Übernahme des großen Hindenburg-Programmes Mangel an Arbeitern aller Art hatten (...), erfuh-

ich zufällig bei einem Vortrag, den ich bei der 4. Armee hielt, von dem Chef des Stabes, dass er mit Leichtigkeit aus dem ihm unterstellten Teile Flanderns 60000 bis 80000 Arbeiter abgeben könne.“ Fortan machte er Druck. „Öffnen Sie das große Menschenbassin Belgien“, appellierte er an die Heeresführung und erhielt dann auch den Zugriff. Aber obwohl die Planungen zügig vorangingen und schon im erschreckenden Ausmaß das Zwangsarbeitsregime der Nazis vorwegnahmen – unter anderem sprachen Duisberg & Co. bereits von „Konzentrationslagern“ – scheiterte die erfolgreiche Umsetzung schließlich an organisatorischen Problemen. Stand Duisberg dem Krieg zu Be-

ginn skeptisch gegenüber und verfolgte zunächst auch mit BAYERS Chemiewaffen-Arsenal den Zweck, den Waffengang zu einem möglichst frühen Ende zu führen, um das Exportgeschäft nicht weiter zu gefährden, so trat er später für die bedingungslose Ausweitung ein. Er machte sich für den unbeschränkten U-Boot-Krieg stark und forderte die völkerrechtswidrige Bombardierung Englands. Zudem setzte er sich für die Annexion von Belgien und Nordfrankreich ein und wollte Gebiete in Polen und Russland für neuen „deutschen Lebensraum“ in Beschlag nehmen. Die Anbahnung von Friedensverhandlungen durch den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg trachtete der Gene-

raldirektor deshalb zu verhindern. Gemeinsam mit der Militär-Kaste verlangte er erfolgreich dessen Absetzung und mehr Einfluss für die Armee-Führung: „Wir sind ganz auf Krieg und Gewalt eingestellt (...) Denn jetzt ist ‚Politik‘ gleich Krieg und Krieg gleich ‚Politik‘.“ Es solle „die Chemie die ihr in der modernen Kriegsführung zukommende Rolle spielen“, hatte Duisberg einmal dekretiert.¹² Dank seiner Hilfe hat sie das dann auch tatsächlich getan. Mit schrecklichen Folgen. BAYER will von all dem heute nichts mehr wissen. Auf der letzten Hauptversammlung bestritt der Pharma-Riese die Vorwürfe der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, sich diesem Thema

nicht zu stellen. Der Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers scheute Axel Köhler-Schnura gegenüber nicht einmal vor Geschichtsrevisio-nismus zurück. „Auch die wissenschaftlichen Publikationen kommen zu anderen Schlüssen als den, die Sie hier vorgetragen haben. Die historischen Verdienste Carl Duisbergs sind weithin anerkannt. Er ließ Wohnungen für die Arbeiter bauen, verringerte deren wöchentliche Arbeitszeit, er führte soziale Versicherungssysteme ein und setzte sich für den Umweltschutz ein, lange bevor es gesetzliche Regelungen dazu gab.“ Und ebenso geschichtsverges-sen präsentierte sich der Global Player auch 2013, im Jahr seines 150. Geburtstages: Über sein Wirken

im Ersten Weltkrieg fiel ebenso wenig ein Wort wie über seine Unterstützung des Nazi-Regimes. Jan Pehrke ist aktiv bei der Coordination gegen BAYER-Gefahren. Leicht gekürzter Nachdruck aus STICHWORT BAYER, Ausgabe 3/2014, www.stichwort-bayer.de

Anmerkungen:
 1 Timo Baumann, *Giftgas und Salpeter*; Düsseldorf 2011; S. 168.
 2 Ebenda, S. 259, Anm. 233.
 3 Ebenda, S. 259.
 4 Ebenda, S. 292.
 5 Ebenda, S. 321.
 6 Ebenda, S. 342.
 7 ebenda, S. 389.
 8 Ebenda, S. 735.
 9 Ebenda, S. 736.
 10 Jens Thiel, *Menschenbassin Belgien*; Essen 2007; S. 110.
 11 Otto Köhler, ... und heute die ganze Welt; S. 119.
 12 Baumann, S. 334.

Drohnen längst im Einsatz



Kampfdrohnen für die Bundeswehr – (K)eine Scheindebatte

Christoph Marischka

Zunächst gab es eher zaghafte Andeutungen. Doch Anfang 2013 legte sich der damalige Bundesverteidigungsministers de Maizière auf den Kauf bewaffneter Drohnen fest. Vorangegangen waren zu diesem Zeitpunkt schon umfangreiche Vorarbeiten des Ministeriums: Eine Studie zur Wirksamkeit von unbemannten Luftangriffsflugzeugen, konzeptionellen Grundvorstellungen zu ihrem Einsatz und eine „Technikfolgenabschätzung“. Seit 2004 forscht die Universität der Bundeswehr in München an unbemannten Kampfflugzeugen mit Tarnkappeneigenschaften und einem hohen Grad an Autonomie, die in ganzen Schwärmen von einer einzelnen Person überwacht verschiedene Ziele angreifen und gegnerischen Stellungen ausweichen können. Seit mehreren Jahren wird außerdem die Entwicklung eines „Wirkmittels zur abstands-fähigen Bekämpfung von Einzel- und Punktzielen“ (Wabep) aus dem Bundeshaushalt querfinanziert, das aus einem Verbund zwischen Aufklärungsdrohne und Rakete bzw. Kamikazedrohne besteht. Seit dem Jahr 2007 hat die Europäische Union mit Unterstützung der Bundesregierung die Entwicklung von unbemannten Flugzeugen insbesondere für die Bekämpfung „illegaler Migration“ und den Katastrophenschutz finanziert. Sie kam damit der Forderung der sich formierenden EU-Rüstungsindustrie nach, die diesen Trend bis dahin weitgehend „verschlafen“, nun jedoch um den Komplex Drohnen einen intensiven Lobbyismus entwickelt hatte. Dass es dabei ganz

konkret auch um die Förderung militärischer Fähigkeiten und die Schaffung entsprechender Industrieverbände ging, hat die Europäische Rüstungsagentur EDA offen eingeräumt, die zeitgleich konzeptionelle Grundlagen für den gemeinsamen Einsatz militärischer Drohnen erarbeitete. Die Bundesregierung hat sich darüber hinaus gegenüber der NATO verpflichtet, hochfliegende Drohnen von der Größe herkömmlicher Passagierflugzeuge für die abbildende Aufklärung anzuschaffen. Mit dem US-Drohnenhersteller Northrop Grumman wurde der – den später geplatzte – Auftrag zur Anschaffung der Drohne „Euro Hawk“ abgeschlossen. Aufklärungsdrohnen mit kleinerer Reichweite und Größe und v.a. deutlich reduzierten Fähigkeiten waren da bei der Bundeswehr jedoch schon seit über einem Jahrzehnt, u.a. im Kosovo und Afghanistan im Einsatz.

Kampagne und Rahmenbedingungen

Trotz dieser frühen Drohnen-Praktiken verursachte die Ankündigung der Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr große Aufregung. Es entwickelte sich eine intensive, überwiegend von Ablehnung geprägte Debatte. Die Gegner aus Friedensbewegung und Überwachungskritischer Bewegung organisierten sich u.a. in der „Kampagne gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ (drohnen-kampagne.de), die schnell über 150 Organisationen und 20000 Unterschriften hinter ihrem Appell „Keine Kampfdrohnen“ versammeln konnte. Zwar wurde ihr bislang eher wenig

öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Es gelang ihr jedoch u.a. mit ihren „Wahlprüfsteinen“, die damaligen Oppositionsparteien im Wahlkampf auf eher drohnenkritische Standpunkte zu verpflichten. Darüber hinaus sorgte sie für einen hohen Grad an Informiertheit und Vernetzung zwischen Kritikerinnen und Kritikern der Nutzung von Drohnen im In- und Ausland und zwischen den entsprechenden Bewegungen weltweit.

Denn die internationale Dimension war und ist von größter Bedeutung: Sowohl in den Einsatzgebieten (u.a. Jemen und Pakistan) als auch in den USA selbst wuchs der Widerstand gegen die US-Drohnenkriegführung, die in engem Zusammenhang mit den von Edward Snowden aufgedeckten Praktiken westlicher Geheimdienste steht. Ein engagierter Journalismus, wie er zuvor Jahre lang gefehlt hatte, deckte zudem die Bedeutung der US-Basen AfriCom und Rammstein in Deutschland für diese Kriegführung auf. Ansonsten gegenüber der eigenen Regierung eher unkritische Thinktanks in den USA warnten zugleich vor der Tendenz der wachsenden Autonomie von Waffensystemen, wobei sie sich allerdings stark auf die Entkopplung des Einsatzes tödlicher Gewalt von menschlicher Entscheidung und Verantwortung fokussierten. All diese Tendenzen führten gemeinsam mit dem spektakulären, millionenschweren Scheitern der Euro-Hawk-Anschaffung für eine belebte und im besten Sinne aufgeregte Debatte in Deutschland.

Vom Schutz der Soldaten und der Ausweitung der Kampfzone

In der Folge wurde vor der Wahl

vom Herbst 2013 für die Bundeswehr keine bewaffneten Drohnen gekauft. Nach der Wahl mied die neue Verteidigungsministerin von der Leyen das Thema zunächst auffallend. Stattdessen waren es Vertreter der Rüstungsindustrie und der Bundeswehr selbst, die auf die Entscheidung zur Anschaffung drängten. Diese führten zwei weitere Argumentationsstränge in die Diskussion ein. Das war einerseits – sehr vehement und wirkmächtig – die vermeintliche Notwendigkeit bewaffneter Drohnen für „den Schutz deutscher Soldatinnen und Soldaten“. Andererseits – mit deutlich weniger öffentlicher Relevanz – ging es jetzt um die parlamentarische Kontrolle, der ja alle Auslandseinsätze und zukünftig auch der Einsatz von Drohnen unterliegen sollen. Gemeinsam ergaben sie (sicher nicht zufällig) die Vorlage für die Entscheidungsfindung für von der Leyen: Aus Verantwortung gegenüber den Soldaten müssten diese neuen Waffen angeschafft werden, die Verantwortung für ihren Einsatz wäre ja dann im Einzelfall Sache des Parlaments. Diese Entscheidung deutete die Ministerin dann just einen Tag vor einer Anhörung des Verteidigungsausschusses mit Sachverständigen an. Diese von Regierungsseite als Höhepunkt und Abschluss der Debatte gedachte, tatsächlich kontroverse Anhörung entsprach weitgehend den genannten Rahmenbedingungen: Vertreter des Militärs trugen dabei gebetsmühlenhaft das Argument vom Schutz der Soldaten vor und wiesen alle Kritik-Argumente pauschal zurück. Sie wurden darin von den Unionsfraktionen bestärkt. Die Abgeordneten der SPD,

der Grünen und der LINKEN deuteten durch ihre Fragen Skepsis bis Ablehnung gegenüber der Anschaffung bewaffneter Drohnen aus.

Keine Scheindebatte

Mittlerweile ist klar, dass mittelfristig auf europäischer Ebene eine bewaffnungsfähige Drohne entwickelt werden soll. Für die deutsche Luftwaffe soll kurzfristig eine solche bewaffnungsfähige Drohne gemietet werden. Die anderen Teilstreitkräfte werden nachziehen wollen. Diese anstehende tatsächliche Drohnen-Bewaffnung und konkrete Einsätze werden die Diskussion weiter am Laufen halten. Denn trotz umfangreicher und strategischer Inszenierung handelt es sich hier um keine Scheindebatte. Vielmehr entzündet sich an den Drohnen als *expliziter Offensivwaffe* eine breite Diskussion um die Militarisierung der deutschen Außenpolitik. An den Standorten der US-Streitkräfte und den Standorten der zukünftigen deutschen Drohnenkriegführung formiert sich Protest. In ihrem Kommentar zur Anhörung schrieb etwa die Tageszeitung *Südwestpresse*: „Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee. Passen zu diesem Auftrag bewaffnete Drohnen?“. Während die Eliten verstärkt eine neue Großmachtrolle für Deutschland einfordern – für die die Anschaffung von Kampfdrohnen folgerichtig wäre –, zeigt sich in der breiten Ablehnung der Bevölkerung gegen Kampfdrohnen die Ablehnung der aggressiven, militaristischen, teuren und gefährlichen Entgrenzung der herrschenden Außenpolitik. Jedes neue Waffensystem ist Ausdruck und befördert eine neue Strategie. Aber wann wurde zuletzt so heftig um die Einführung eines neuen Waffensystems gestritten?

Christoph Marischka ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisation (IMI) und aktiv in der „Kampagne gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ (drohnen-kampagne.de).

Die Bundeswehr neu erzählen

Von Ernst Jünger zu von der Leyen: Kriegshandwerk als Job

Winfried Wolf

Als die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen KITAS und Flachbildschirme in Kasernen, Teilzeit für Soldaten und die Umwandlung der Bundeswehr in „einen familienfreundlichen Konzern“ forderte, erntete sie Kritik aus dem soldatisch-reaktionären Lager. Die Soldaten würden „zu Weicheiern und Warmduschern“ degradiert, so wurde ein „hochrangiger Offizier“ im Blatt *Focus* zitiert. Der Ex-General Harald Kujat schäumte: „Da sind echte Laien am Werk.“

Kujat & Co. haben Unrecht. Ihre Kritik ist vor allem dumm. Ursula von der Leyen will dasselbe erreichen, was seit der Wende ein halbes Dutzend Verteidigungsminister nicht immer erfolgreich versucht hatten: Deutschlands neue aggressive Expansion auf den Weltmärkten soll durch mehr Auslandseinsätze und vor allem durch mehr Einsätze, die primär *deutschen* Interessen dienen, begleitet werden. Dazu sind neue Mittel und Methoden erforderlich. Um präzise zu sein: Dazu sollen *alte* Mittel mit *neuem Anstrich* versehen eingesetzt werden.

Von der Leyen will Bundeswehr „anders erzählen“, will diese als „modernen, global agierenden Konzern“ präsentieren, um ausreichend viele junge Leute für die Armee zu gewinnen. Letzten Endes sollen diese Leute gewonnen werden für das klassische „Kerngeschäft“ jeder Armee, der vom Kämpfen, Zerstören und Töten.

Von der Leyen zielt darauf, den Soldaten-Job als einen Normalo-Job zu präsentieren. Schöner Wohnen in Kasernen. Familienfreundliches Kriegshandwerk. Mit „Arbeitszeitkonten“. In den Kasernen endlich ausreichend viele Steckdosen und „optimaler WLAN-Empfang auch im Einsatzgebiet“. Techno-Krieg am Joystick: Ferngesteuert und angeblich ungefährlich für den Hightech-Teilzeitkiller mit Rund-um-Versicherung.

Um dieses Bild der neuen Bundeswehr glaubhaft zu machen, werden immense Mittel und Verlockungen bereit gestellt. Es gibt inzwischen laut *Y – Magazin der Bundeswehr*, deutschlandweit „110 Karrierebüros und damit ein flächendeckendes Netz der Personalgewinnung (3/2014). Es existiert eine speziell auf junge Menschen zielende „infopost“, ein „kostenloses Magazin der Bundeswehr“, in dem das Soldatenhandwerk locker vom Hocker überbracht wird. Die Schulen werden eingedeckt mit Angeboten, um in den Klassen zu werben. Auszug aus einem aktuellen Schreiben an die Schulen im Südwesten: „Sehr geehrte Damen und Herren, auch wir, die Jugendoffiziere in Württemberg starten in das neue Schuljahr und möchten Ihnen wieder unser lernplanabgestimmtes Programm anbieten.“



Otto Dix · Leiche im Drahtverhau (Flandern) · aus der Folge von Radierungen „Der Krieg“ 1924

ten. Mit unserem Angebot leisten wir eine fachspezifische Ergänzung zu den Themenbereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Friedenssicherung.“ Eines der Angebote – „Unterrichtsbesuch Jahrgangsstufe 9/10 bzw. Berufsschulklasse (90 Minuten): Das Leben in den Streitkräften: Dienstalltag, Frauen in der Bundeswehr, Staatsbürger in Uniform.“

Es geht um die Verführung Minderjähriger. Das Verteidigungsministerium veranstaltet seit 2014 Preisausschreiben, in denen Jugendlichen ab 14 Jahren (!) die Möglichkeit geboten wird, die „Bundeswehr aktiv zu erleben“ und eine Woche lang „bei der Kampftruppe“ zu verbringen. Beispielsweise beim Fallschirmjägerbataillon 313 in Seedorf. Aus einem Bericht der *Bremervörder Zeitung* vom 28. April 2014: „Zum Höhepunkt des ersten Tages wurde das Anlegen des sogenannten Scharfschützen-Ghilli-Suits, einem Tarnanzug, bei dem der Teilnehmer Emanuel Esslinger förmlich mit der Natur verschmolz.“ Abgerundet wurde die Woche dann mit der „Karriereberaterin aus Stade, die die Fragen hinsichtlich der Berufs- und Laufbahnmöglichkeiten bei der Bundeswehr“ beantwortete. Für den, der sich heute für ein Studium an einer der beiden Bundeswehruniversitäten entscheidet, gibt es keinen Numerus Clausus und „mindestens 1500 Euro netto im Monat während des Studiums“.

In von der Leyens Erzählung von einer Bundeswehr als „Aktiv. Attraktiv. Anders.“ bleibt der dreckige Krieg außen vor. Der moderne Krieg

ist clean. Ist auch was für Frauen. Oder für Schwule. Im Magazin „Y“ gab es jüngst ein „Fotoshooting Homosexuelle in der Truppe“. Dort heißt es, dass „die Rahmenbedingungen für Homosexuelle in der Bundeswehr noch nie so gut wie heute“ waren (03/2014, S. 78).

Gab es da was in Vietnam? Das Mädchen mit dem in Flammen stehenden Rücken? Agent Orange und Zehntausende verkrüppelt geborene Babys? Wie agierte – folterte – die moderne US-Armee in Abu Ghraib, Irak? Gab es da was in Afghanistan – das Bundeswehr-Tanklaster-Massaker?

In den Rückblicken auf 1914 fehlen nicht nur Darstellungen zu den *Ursachen*, die in diesen Weltkrieg führten (siehe Seite 2). Es fehlen auch fast immer die realistischen Schilderungen vom eigentlichen Kriegsgeschehen: Von der Front in Flandern. Vom Schlachtfeld in Verdun (siehe die Seiten 4/5). Von den hunderttausenden Soldaten, die jahrelang in Schlamm, Dreck, Blut, Rotz, Pisse – und dann: GAS! GAS! Und nochmals GAS! – ausharrten oder dort elend kreperten. Wo bleiben die erschütternden Zitate aus dem Roman von Erich Maria Remarque „Im Westen nichts Neues“: „Graben, Lazarett, Massengrab – mehr Möglichkeiten gab es nicht“? Wo bleibt die ernüchternde Lyrik, die der damals 20-jährige Carl Zuckmeyer in einem Bunker an der Front schrieb: „Ich habe sieben Tage nichts gegessen / Und einem Manne in die Stirn geknallt / Mein Schienbein ist vom Läusebiss zerfressen / Bald werd' ich einundzwanzig Jahre alt /

[...] So nehm ich meinen Samen in die Hände: / Europas Zukunft: schwarzgekörneter Laich / Ein Gott ersäuft im schlammigen Kröteich!! / Und schieße mein Vermächtnis an die Wände? Wo bleiben Bilder von Otto Dix, der die Schlammwüste voller toter, im Irrsinn taumelnder und verwilderter Soldaten zeichnete? Kurt Tucholsky oder Erich Mühsam, Leute, die realistisch den Krieg und seine Brutalität beschrieben – sie werden heute als Zeitzeugen nicht zur Kenntnis genommen. Nicht weil man sie „vergessen“ hätte. Nein – weil in der „neuen Erzählung“ vom Soldatenhandwerk die Wirklichkeit des Kriegs ausgeblendet werden soll.

Eine solche „neue Erzählung“ des Soldatischen gab es auch nach dem Ersten Weltkrieg. Damals war es Ernst Jünger, der den dreckigen Krieg überhöhte und zu „Stahlgewittern“ umschrieb. Jünger schrieb vom alten Kriegshandwerk und vom modernen Soldatentum. In seinem Buch „Der Arbeiter“, das ein Jahr vor der NS-Machtübernahme erschien, wird das Soldat-Sein beschrieben als „Schule, in der Arbeit als Lebensstil, Arbeit als Macht dem Menschen sichtbar zu machen ist“.

Er sah die „soldatische Uniform immer eindeutiger als Spezialfall der Arbeitsuniform.“ Vor dem Hintergrund der riesigen Arbeitslosenheere am Ende der Weimarer Republik erkannte er ähnlich wie Hitler-Göbbels-Göring, dass die millionenfache Gleichsetzung von Arbeit und Soldat, von Job und Töten dann am ehesten umgesetzt werden kann, wenn massenhafte Arbeitslosigkeit die jungen Menschen der Armee zuführt. Jünger schrieb: „Der Zustand der Arbeitslosigkeit, richtig gesehen, ist zu bewerten als die Bildung einer Reservearmee. Es verbirgt sich hier eine andere Form des Reichtums. [...] Millionen von Männern ohne Beschäftigung – diese reine Tatsache ist Macht, ist elementares Kapital.“ Er bereitete damit dem Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg den Weg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als in den 1960er Jahren die Bundeswehr mit dem „Bürger in Uniform“ warb, packte Jünger seine Sicht des Soldatentums in eine weitere „neue Erzählung“. Diese liest sich bereits wie das Neue Denken von der Leyens und wie eine Kritik an den Kujats, den Vertretern der überholten „Kriegerkaste“. Jünger schrieb 1964: „Der Krieg ist Promotor von Technik und Wissenschaft. [...] Der Kriegerkaste wurde er schon längst unheimlich. Ihre Entmachtung ist ein Sonderfall. Sie dürfen noch in Randgebieten ihren Stil pflegen. [...] Der Arbeiter kämpft und stirbt in Apparaturen, nicht nur ohne 'höhere Ideen', sondern auch in ihrer bewussten Ablehnung. Sein Ethos liegt in

der sauberen Bedienung des Apparats. Er hat sich keine Gedanken zu machen; er überblickt nicht den Plan. Auf das Nationaethos wird zuweilen zurückgegriffen, doch nur als Vorspann, Konzession an die Leidenschaft. Die Zerstörung der Einzelbefugnisse durch den technischen Plan. Der Diplomat wird durch den Telegrafen zum Befehlsempfänger, das Schiff durch den Funk zur schwimmenden Außenstation. Der Kampfflieger mit Kopfhörer.“¹

Der Krieg im Interesse des Kapitals erscheint in der Tarnung als „Ethos der sauberen Bedienung des Apparats“. Überhaupt die Kriegstechnik – das ist das Pendant zu von der Leyens Präsentation vom Soldatenhandwerk als handelsüblichem Job. Über diese mörderische Technik, die angeblich neutral ist, wird versucht, die Menschen von der Normalität des Krieges zu überzeugen. Siehe das Preisausschreiben „eine Woche bei der kämpfenden Truppe“. Siehe die Militärschau ILA. Auch im Mai 2014 zog diese in Berlin wieder mehr als 200000 Besucherinnen und Besucher an. Die Show stellt sich mit den folgenden Worten in eine unzweideutige Tradition: „Die ILA ist die älteste Luft- und Raumfahrtmesse der Welt. Nach erfolgreicher Premiere 1909 in Frankfurt fand die ILA von 1912 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs in Berlin statt. [...] 1992 kehrte die ILA an ihren Heimatstandort Berlin zurück.“² In diesem Jahr startete am 25. Mai als Teil des „offiziellen Flugprogramms“ auch die NS-„Wunderwaffe“, Messerschmitt Me 262.

Wenn Bundespräsident Gauck offen dafür wirbt, „im Kampf für Menschenrechte auch zu den Waffen zu greifen“ und von der Leyen vor allem betont, welch normaler und spannender Job doch das Unternehmen Bundeswehr GmbH & Co KG zu bieten habe, dann bilden die beiden durchaus ein eingespieltes Team, kreativ ergänzt von Frank Steinmeier, wenn dieser mal in Tel Aviv, mal in Kiew sorgenvoll in Kameras blicken darf. Die drei traten Anfang 2014 auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz als militaristisches, medial gut orchestriertes Trio auf. Schließlich sollen höchst unterschiedliche Schichten angesprochen werden bei dem gemeinsamen Ziel, die altmodische Stimmung bei zwei Dritteln der deutschen Bevölkerung, die immer noch Bundeswehr-Auslandseinsätze ablehnen, zu kippen. Jede Idee, Krieg könnte *konkreten* Zwecken dienen und materielle Ursachen haben, soll ausgetrieben werden.

Doch immer wieder blitzt es durch – das Bild vom Mann als Krieger, von der Natur des kriegerischen Mannes, von der Natürlichkeit des Mordens – just so wie die Propaganda in den ersten Wochen des Ersten Weltkriegs tönte. Eckhard Fuhr schrieb am 7. Juni in einem Leitartikel in der Tageszeitung *Die Welt* den folgenden Klartext: „Jeder Mensch kann zum Krieger werden. Der Krieg ist nicht wider die menschliche Natur, sondern er entspringt ihr. [...] Der Krieg stirbt nicht aus. Er wird die Zivilgesellschaft überleben.“

Anmerkungen:

¹ Ernst Jünger, *Maxima – Minima*, 1964, in: Ernst Jünger, *Sämtliche Werke*, Band 8, Stuttgart 1981, S. 328. Zitate zuvor aus „Der Arbeiter“, erschienen 1932, hier nach: E. Jünger, *Sämtliche Werke*, Band 8, S. 308 und S. 276.

² Dietmar Schrick, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) in: *FLUG REVUE ILA-Extra*, 2014

Der – meist unterschlagene – Widerstand gegen den Krieg

Die Kraft, mit der der Frieden hergestellt wurde

Entscheidend bei Kriegsbeginn war, wie sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften – in Deutschland und in den anderen betroffenen Ländern – verhalten würden. 1912 stimmten bei den Reichstagswahlen mehr als vier Millionen Männer für die SPD (Frauen hatten kein Wahlrecht). Die Partei hatte gut eine Million Mitglieder. Die II. Internationale, der internationale Zusammenschluss der Sozialdemokratie, hatte 1907 auf ihrem Kongress in Stuttgart ein „Manifest über die Kriegsgefahr“ verabschiedet. Darin hieß es: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Kreise und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet [...] alles aufzubieten, um [...] den Ausbruch des Krieges zu verhindern. [...] Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten.“

Doch als der Krieg begann, zerbrach die II. Internationale. Dabei fanden in der letzten Juliwoche 1914 in Deutschland große Antikriegsdemonstrationen statt, an denen etwa eine Dreiviertelmillion Menschen teilnahmen. Während die Massendemonstrationen gegen den Krieg anhielten, bahnte sich innerhalb der SPD-Führung ein Kurswechsel und ein Deal an. Vertreter des rechten Parteiflügels verhandelten Ende Juli mit Vertretern der Reichsregierung. Diese hob am 25. Juli den Befehl, im Kriegsfall die führenden Sozialdemokraten zu verhaften, auf. Am 29. Juli wies der Vorstand der SPD die Redaktionen der Parteipresse an, die Kritik an der Politik der Reichsregierung einzustellen. Am 2. August ordnete die Führung der freien Gewerkschaften an, alle Streikämpfe sofort abzubrechen, und bekannte sich so zu einem „Burgfrieden“. Einen Tag später beschloss die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Kriegskredite zu bewilligen. Lediglich 14 Abgeordnete wollten gegen die Kriegskredite stimmen, beugten sich aber dem Fraktionszwang. Am 4. August stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten geschlossen zu.

Auch die österreichischen und französischen Sozialisten sowie die britische Labour Party stimmten den Kriegskrediten ihrer Regierungen zu. Die russischen und serbischen Sozialisten hingegen lehnten sie ab, die italienischen noch im Jahre 1915.

Erste neue Opposition gegen den Krieg

Nach Kriegsbeginn begann bald in kleinen Zirkeln der Arbeiterbewegung der Protest gegen die Politik der Regierenden. Dabei waren die Möglichkeiten der SPD-Linken begrenzt. Fast alle SPD-Zeitungen befanden sich in der Hand der Parteirechten. Im Ausland erfuhr man von der deutschen Antikriegsbewegung vor allem aus der „Berner Zeitung“. Häufig denunzierten Vertreter der Parteirechten Kriegsgegner bei den Behörden, was oft zu deren Einberufungen führte. Bereits am 31. Juli 1914 hatte die Reichsregierung den Kriegszustand erklärt; es gab strikte Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts und eine rigorose Pressezensur.



Verbrüderung: Russische und deutsche Soldaten feiern das Ende des Krieges an der Ostfront

Neben der sozialistischen Antikriegsbewegung formierte sich auch eine bürgerliche (u.a. Deutsche Friedensgesellschaft und Bund Neues Vaterland.) Zwischen dem letztgenannten Bund und Karl Liebknecht bestand ein enger Kontakt. Generell schwand im Verlauf des Krieges die frühere Distanz zwischen bürgerlichen Pazifisten und sozialistischen Kriegsgegnern.

Bei einer neuen Abstimmung im Reichstag über weitere Kriegskredite im Dezember 1914 stimmten intern 17 SPD-Reichstagsabgeordnete mit Nein; in der eigentlichen Sitzung war es dann nur noch Karl Liebknecht (siehe S. 5). Die Tat Liebknechts fand weit über die deutschen Grenzen hinaus Beachtung.

Am 7. Februar 1915 erhielt Liebknecht den Gestellungsbefehl, am 21. März musste er zu einem in Lothringen stationierten Bataillon einrücken. Am 18. Februar 1915 wurde Rosa Luxemburg verhaftet und in das Berliner Frauengefängnis eingeliefert. Dort verfasste sie unter Pseudonym die „Junius-Broschüre“, in der sie die besondere Verantwortung der herrschenden Kreise Deutschlands für die Entfesselung des Krieges enthüllte und die Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer als Verrat geißelte.

Vom 5. bis 8. September 1915 trafen sich in Zimmerwald (Schweiz) 38 Delegierte und Kriegsgegner aus zwölf Ländern – darunter W.I. Lenin und L. Trotzki – zu einer Internationalen Sozialistischen Konferenz. In dem dort beschlossenen Manifest hieß es: „Niemand in der Weltgeschichte gab es eine dringendere, eine höhere, eine erhabener Aufgabe, deren Erfüllung unser gemeinsames Werk sein soll. Kein Opfer ist zu groß, keine Last zu schwer, um dies Ziel, den Frieden unter den Völkern, zu erreichen.“ Das Fanal von Zimmerwald fand in ganz Europa Beachtung. Auf Lenins Vorschlag hin gab die Zimmerwalder Linke im November 1915 in deutscher, französischer und italienischer Sprache eine Broschüre mit dem Titel „Die Zimmerwalder Linke über die Aufgabe der Arbeiterklasse“ heraus. Die Schrift trug viel zum weiteren internationalen Zusammenschluss der linken Kräfte bei.

Zwei wesentliche Faktoren, die die Entwicklung einer Opposition gegen den Krieg begünstigten, wa-

ren der Kriegsverlauf (die Offensiven blieben stecken; es kam zum verlustreichen Stellungskrieg) und die sich verschlechternde soziale Lage. In Deutschland halbierten sich die Reallöhne der Arbeiter im Verlauf des Krieges, während das Arbeits-tempo gesteigert und die tägliche Arbeitszeit verlängert wurden.

Ab der zweiten Jahreshälfte 1915 kam es in Deutschland, aber auch in Russland, Frankreich, Österreich und Italien zu Lebensmittelunruhen, bei denen vor allem Frauen und Jugendliche Lebensmittelgeschäfte plünderten. 1917 und 1918 hungerte die Mehrzahl der Deutschen und froh im Winter. Insgesamt sind allein in Deutschland von 1914 bis 1918 mindestens 700000 Personen, größtenteils Kinder und alte Menschen, an den Folgen der Mangelernährung gestorben.

Spartakusbund und erste Streiks

Karl Liebknecht musste jeweils zu den Reichstagsitzungen beurlaubt werden. Er wurde am 12. Januar 1916 von der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion wegen seiner konsequenten Antikriegshaltung aus der Fraktion ausgeschlossen. Im März konstituierte sich in Berlin die ehemalige SPD-Linke als „Spartakusgruppe“. Kurz darauf kam es zur Spaltung der SPD-Fraktion im Reichstag. 18 Abgeordnete, die mit Liebknecht gegen weitere Kriegskredite gestimmt hatten, bildeten eine selbständige Fraktion.

Obwohl der SPD-Parteivorstand alle Demonstrationen und Versammlungen zum 1. Mai 1916 abgesagt hatte, demonstrierten an diesem Tag, aufgerufen von der Spartakusgruppe, in Berlin 10000 Menschen gegen den Krieg. Als die Polizei gegen die Demonstranten vorging, rief Liebknecht: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Er wurde verhaftet und schließlich zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Ende Juni streikten Zehntausende Arbeiter für seine Freilassung.

Anfang 1917 kam es in Russland zur Februar-Revolution. Es entwickelte sich eine breite Welle der Sympathie und Solidarität. Im April wurde die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) gegründet. Revolutionäre Obleute und Vertrauensmänner in den Großbetrieben der Metallindustrie bildeten den linken

Flügel der neuen Partei, der sich auch die Spartakusgruppe anschloss. Die USPD forderte einen sofortigen Frieden ohne Annexionen.

Als im April 1917 die kärglichen Brotrationen nochmals gekürzt wurden, kam es am 16. April zu Massenstreiks in Berlin, Leipzig und weiteren Städten, insbesondere in Rüstungsbetrieben. Allein in Berlin streikten 300000. Neben sozialen Forderungen wurde ein „sofortiger Frieden ohne Annexionen“ verlangt. Im Mai streikten 200000 Menschen in den britischen Rüstungsbetrieben. Danach kam es auch in Frankreich zu einer breiten Streikbewegung.

Seit Frühjahr 1917 mehrten sich auf verschiedenen großen Kriegsschiffen der deutschen Marine Aktionen der Matrosen gegen Schikanen, gegen die ungleiche Verpflegung von Offizieren und Mannschaften und gegen den Hunger. Am 2. August verweigerten 600 Matrosen des Großkampfschiffes „Prinzregent Luitpold“ den Dienst und verließen eigenmächtig das Schiff. Diese erste Matrosenbewegung wurde zunächst zerschlagen; zwei Matrosen (Albin Köbis und Max Reichpietsch) wurden hingerichtet.

Die Januarstreiks 1918

Neuen Auftrieb erhielt die Antikriegsbewegung durch die „Oktoberrevolution“, die in Russland nach unserer Zeitrechnung im November 1917 stattfand. Russland schied nun endgültig aus dem Krieg aus.

Am 14. Januar hatte in den Rüstungsbetrieben der Wiener Neustadt ein Streik begonnen, der auf zahlreiche Städte Österreich-Ungarns übergriff. Bis zu 700000 Arbeiter beteiligten sich. Der Streik, der auf Teile des deutschen Reichs übergriff, wurde Ende Januar mit massiver militärischer Gewalt beendet. Doch am 28. Januar 1918 legten in der deutschen Hauptstadt 400000 Arbeiterinnen und Arbeiter die Arbeit nieder. Der Streik breitete sich im ganzen Reich aus. Insbesondere die Rüstungsbetriebe waren betroffen. Die Initiative zu den Streiks ging von den oppositionellen Vertrauensmännern des Metallarbeiterverbandes aus. In Berlin waren das die revolutionären Obleute.

Ein neu gebildeter Arbeiterrat forderte USPD und SPD auf, jeweils drei Vertreter in den Aktionsausschuss zu entsenden. Der rechte So-

zialdemokrat Scheidemann rühmte sich: „Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann wäre der Krieg und alles andere schon im Januar erledigt gewesen.“ Das hätte bedeutet: eine Million weniger Tote in Deutschland, mehr als zwei Millionen Tote weniger insgesamt!

Die Staatsorgane gingen brutal gegen die Streikenden vor. Zwischen 40000 und 50000 der streikenden Arbeiter wurden zum Militärdienst einberufen. Die Januarstreiks waren das Wetterleuchten der Revolution, die schließlich im November 1918 das Regime Kaiser Wilhelm II. hinwegfegen sollte.

Zusammenbruch des Kaiserreichs

Mitte 1918 war die militärische Situation für Deutschland und Österreich-Ungarn aussichtslos geworden. Die USA waren in den Krieg eingetreten und hatten bis Juli 1917 bereits mehr als eine Million Soldaten nach Frankreich verschifft. Doch Ende Oktober plante die deutsche Seekriegsleitung einen großen Vorstoß und zog deshalb vor Wilhelmshaven fast die gesamte Flotte zusammen. Dieser Plan war angesichts der gewaltigen Überlegenheit der britischen und amerikanischen Seestreitkräfte selbstmörderisch. Der Stabschef der Hochseeflotte, Konteradmiral Adolf von Trotha, erklärte am 8. Oktober in einem Brief an den Kapitän zur See Magnus von Levetzow eiskalt, die Aktion sei unbedingt erforderlich, auch wenn die deutsche Flotte dabei „mit Ehren“ untergehen würde.

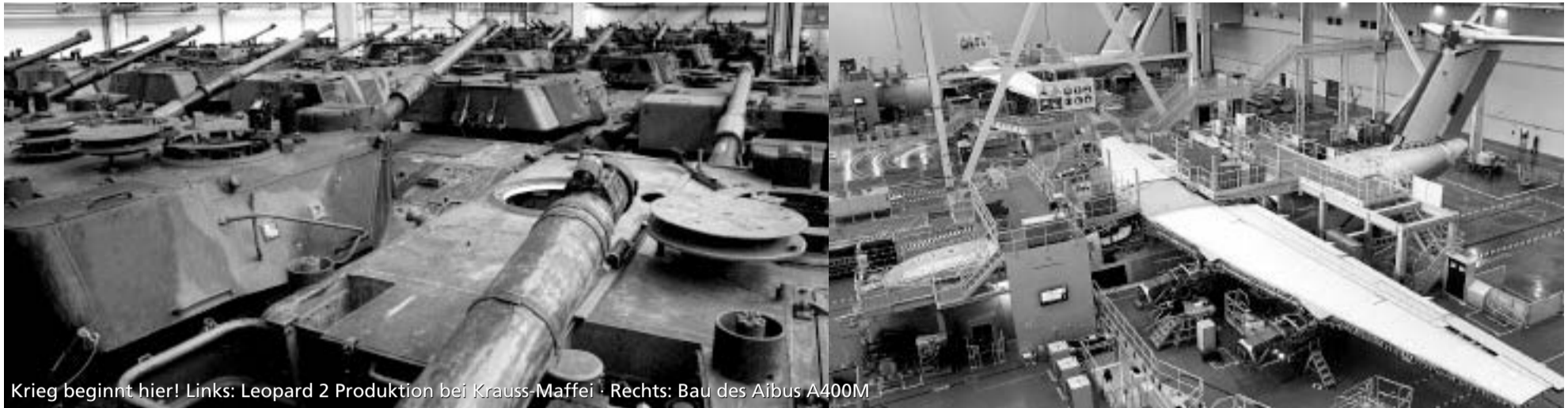
Die meisten der Matrosen verstanden, dass sie auf eine letzte Fahrt geschickt werden sollten. Als das 1. Geschwader in der Nacht zum 30. Oktober den Befehl zum Auslaufen erhielt, leisteten insbesondere die Besatzungen der Großkampfschiffe „Thüringen“ und „Helgoland“ offenen Widerstand und verhinderten das Lichten der Anker. Die Admirale mussten den geplanten Vorstoß abblasen und ließen mehr als 1000 Matrosen verhaften. Doch die Festnahmen fruchteten nicht mehr. Auch auf dem 3. Geschwader, das in Kiel lag, erhoben sich die Matrosen am 3. November zum bewaffneten Aufstand. Die Sehnsucht nach Frieden und die Empörung über die Katastrophopolitik der Herrschenden hatten mittlerweile die breiten Massen ergriffen.

Am 3. November bildeten die Matrosen in Kiel Soldatenräte, hissten auf ihren Schiffen die rote Fahne und brachten die Stadt in ihre Gewalt. Die Novemberrevolution nahm ihren Anfang. Sechs Tage später folgte eine spontane Volksbewegung das Regime Wilhelm II. hinweg. Prinz Max verkündete die Abdankung des Kaisers und übertrug dem Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, das Amt des Reichskanzlers. Am 11. November musste die deutsche Seite sich geschlagen geben und die drückenden Waffenstillstandsbedingungen der Sieger akzeptieren.

Zusammengestellt nach dem sehr lesenswerten Buch Gerd Fesser, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*, Papyrossa, 125 Seiten, 9,90 Euro.

Der Westen rüstet hoch – weit mehr als Russland und China

Hochrüstungsphase – wie vor dem Ersten Weltkrieg



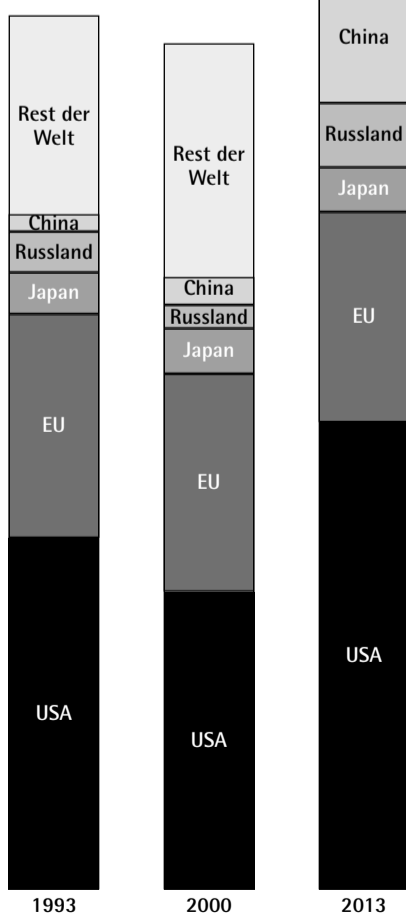
Krieg beginnt hier! Links: Leopard 2 Produktion bei Krauss-Maffei · Rechts: Bau des Airbus A400M

Als in den 1980er Jahren die Friedensbewegung noch stark war, gab es im Westen die Erkenntnis „Nach Rüstung kommt Krieg“. Das hatte eine doppelte Bedeutung.

Erstens ging es um die *Quantität*, um die allgemeine Erkenntnis, dass in der Geschichte Phasen der Aufrüstung so gut wie immer in einen neuen Krieg mündeten. Es gab die Aufrüstung von 1880 bis 1913 – mündend im Weltkrieg I. Es gab die Rüstungsperiode 1933 bis 1939 – resultierend in Weltkrieg II.

Zweitens bezog sich „Nach Rüstung...“ auch eine *Qualität* – auf die sogenannte Nachrüstung der Nato, in deren Folge Kurzstrecken-Atomwaffen auf deutschem Boden stationiert wurden. Damit, so die Argumentation der Friedensbewegung, rückte die Gefahr eines Krieges nochmals näher. Die Vorwarnzeiten reduzierten sich enorm; Präventivkriege wurden durch Kriegstechnik auf die Tagesordnung gesetzt. Auch großer Krieg durch Versenken wurde wahrscheinlicher. Seit rund 20 Jahren erleben wir erneut *beide* bedrohlichen Phänomene. Nach einem rund dreijährigen Rückgang der weltweiten Rüstungsausgaben

Grafik 2: Struktur der weltweiten Rüstungsausgaben



gaben 1989 bis 1993 steigen diese wieder massiv an – im Zeitraum 1993 bis 2013 von 1156 Milliarden US-Dollar auf 1702 Milliarden Dollar (in Grafik 1 die obere schwarze Linie – Zahlen in Mrd. US-Dollar wie angegeben auf der rechten Senkrechten). Das entspricht, einem Wachstum um fast die Hälfte. Diese Entwicklung ist erheblich von den US-Rüstungsausgaben bestimmt (unterste Kurve; Zahlen in Mrd. Dollar ebenfalls auf der rechten Senkrechten wiedergegeben).

Nun ähneln diese beiden Wachstumskurven für 1993 bis 2013 verblüffend der Wachstumskurve der deutschen Rüstungsausgaben in den zwanzig Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, zwischen 1894 und 1912 (siehe die mittlere – hellgraue – Kurve, wobei hier die Zahlen in Millionen Reichsmark auf der linken Senkrechten abgetragen sind). 1913 und 1914 verlässt die Kurve dann den Trend und knallt im Kriegsvorjahr und im ersten Kriegsjahr durch die „Grafik-Decke“. Die deutschen Rüstungsausgaben können im übrigen weitgehend stellvertretend für die damaligen europäischen gesehen werden: Diejenigen Frankreichs, Großbritanniens und Russland sahen im genannten Zeitraum sehr ähnlich aus.¹

Auch *qualitativ* gibt es bedrohliche Parallelen. Die USA und die Nato rücken immer näher an die russischen Grenzen heran. Während 1990/91 die US-Regierung gegenüber der Sowjetunion bzw. Russland das Versprechen abgab, die Nato würde „not a single inch“ – nicht einen Zentimeter – weiter nach Osten expandieren, sind inzwischen viele osteuropäische Staaten Nato-Mitglied und die Nato arbeitet militärisch eng mit dem direkt an der russischen Grenze liegenden Georgien zusammen. Und es gibt mit der Ukraine-Krise einen weiteren, gefährlichen faktischen Vormarsch der westlichen Militärmacht an die russischen Grenzen. Dabei erhöht die Nato gleichzeitig ihre Präsenz in den baltischen Staaten (siehe Seite 11) und setzt mit den Kampfdrohnen auf eine Waffentechnik für Angriffskriege (siehe Seite 7). Alles in allem werden damit die Vorwarnzeiten erneut deutlich reduziert; die Chancen für Verhandlungen sinken. Die Gefahr, dass ein Krieg im Gefolge einer Provokation ausgelöst wird, erhöht sich. Sarajewo 1914. Abschuss eines Passagierjets über der Ukraine 2014.

Nun äußerte der Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen im Mai 2014: „Russland hat seine Verteidigungsausgaben um dreißig Prozent erhöht, während einige euro-

päische Verbündete ihre Ausgaben um 40 Prozent gekürzt haben. Was in der Ukraine geschehen ist, muss ein Weckruf für Europa sein. Deshalb appelliere ich an die Verbündeten: [...] Investiert Schritt für Schritt mehr Geld in die Verteidigung!“ (*Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 4. Mai 2014.) Und im *Magazin der Bundeswehr* – Y konnte man gar lesen, „angesichts der Aufrüstung Chinas lassen sich Parallelen zum Beginn des Ersten Weltkriegs [ziehen]: Wie seinerseits Deutschland erfährt China einen dramatischen wirtschaftlichen Aufstieg, fühlt sich von den anderen großen Wirtschaftsmächten an den Rand gedrängt und kompensiert das mit außenpolitischem Muskelspiel und Aufrüstung.“ (Heft 3/2014).

Doch wer wetttrüftet tatsächlich? In Wirklichkeit sanken die russischen Rüstungsausgaben nach der

tungsausgaben von USA, der EU-Mitgliedstaaten und Japans – im engen Sinn der „Westen“ – so kommt man addiert auf knapp 1 Billion US-Dollar an Rüstungsausgaben (955 Mrd Dollar). Das wiederum entspricht 56,1 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Was fast das *Vierfache* dessen ist, was China und Russland zusammen für Rüstungsausgaben.

Nun gibt es in der Grafik 2 eine Rubrik „Rest der Welt“. Dazu zählen jedoch die folgenden Länder (in Klammer jeweils die Höhe der Rüstungsausgaben derselben Staaten im vergangenen Jahr): Saudi Arabien (67 Mrd. US-Dollar), Japan (59 Mrd.), Australien (24 Mrd.), Südkorea (34 Mrd.), Taiwan (11 Mrd.), Oman (9 Mrd.), Indonesien (7,8 Mrd.), Philippinen (3,5 Mrd.), Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (ca. 10 Mrd.). Allein die hier

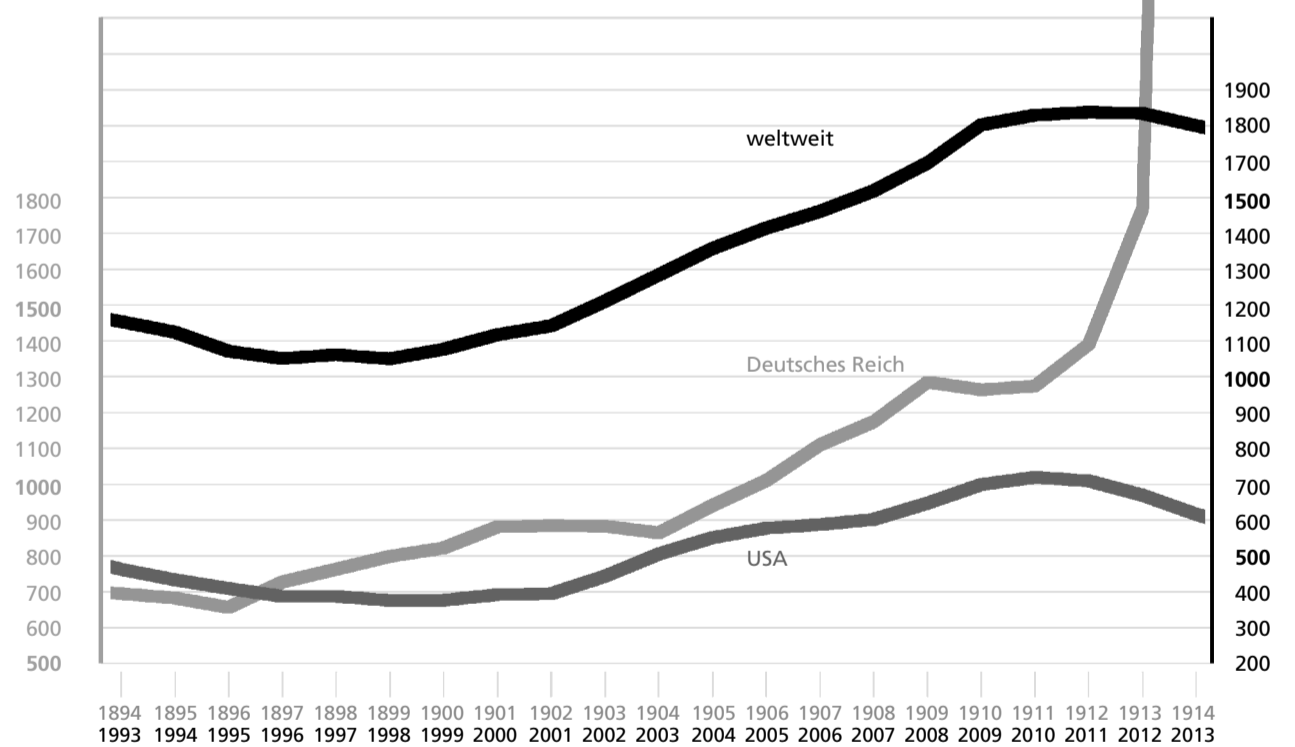
Militärfachblatt *IHS Jane's Annual Defence Budgets Review* (1/2014) ließ die 77 wichtigsten Militäretats der Welt auswerten. Das Ergebnis: Diese IHS-Fachleute „rechnen damit, dass die Rüstungsausgaben im Jahr 2014 erstmals seit 2009 wieder steigen werden. Vier der fünf Märkte mit dem stärksten Wachstum bei den Ausgaben liegen dabei im Mittleren Osten; Saudi-Arabien zum Beispiel hat seine Militärausgaben in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht.“

Hinzuzufügen ist:

Linke Skala: Rüstungsausgaben 1894 bis 1914 Deutsches Reich in Mio Reichsmark

Grafik 1

Rechte Skala: Rüstungsausgaben 1993 bis 2013 USA und weltweit in Mrd US-Dollar



Wende drastisch. Sie stiegen zwar in den letzten zehn Jahren wieder an – auf das Niveau von 1993. Das entspricht 5 Prozent der weltweiten Ausgaben. Die chinesischen Rüstungsausgaben stiegen deutlich an. Sie erreichten 2013 10 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Damit bringen es China und Russland zusammen gerade mal auf 15 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben (siehe Grafik 2). Allein die USA geben zweieinhalb Mal so viel für Rüstung aus wie Russland und China zusammen. Auf sie entfallen derzeit 36,3 Prozent der Weltrüstungsausgaben. Nimmt man nur die Rüs-

aufgeführten Staaten bringen es auf eine Rüstungssumme von 220 Milliarden US-Dollar. Diese Länder haben Rüstungspotentiale, die sich tendenziell auch gegen China und Russland richten. Rechnet man dieses rein westliche Rüstungspotential beim „Rest der Welt“ zu demjenigen von USA, EU und Japan hinzu, so entfallen bereits *zwei Drittel aller weltweiten Rüstungsausgaben* auf den Westen, also auf die Hegemonialmacht USA und die mit dieser verbündeten Staaten. Krasser könnten die Rüstungsausgaben weltweit kaum verteilt sein.

Wie wird es weiter gehen? Das

Saudi-Arabien und der gesamte Hochexplosive Nahe und Mittlere Osten werden – außer von den USA – vor allem von Deutschland und Großbritannien hochgerüstet.

Anmerkung:

1 Es handelt sich bei den Angaben zu den deutschen Rüstungsausgaben um *nominelle* Zahlen – ohne Berücksichtigung der Inflation. Bei den aktuellen weltweiten und den aktuellen US-amerikanischen Rüstungsausgaben wurden die nominellen Zahlen bereits „deflationiert“. Würde man hier, was methodisch streng genommen richtig wäre, ebenfalls nominelle Angaben nehmen, so gäbe es in den letzten Jahren so gut wie keine Reduktion der Rüstungsausgaben. Die drei Kurven würden sich noch mehr gleichen.

NATO 2014 – Ein Kriegsbandnis

Tobias Pflüger

Der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat die neue Linie der NATO am 14. Juni gegenüber der spanischen Zeitung *El País* auf den Punkt gebracht: Es sei „deutlich, dass Russland uns als seinen Feind ansieht.“ Diese Feindwahrnehmung untermauert die NATO derzeit auf allen Ebenen. Der Ukraine-Konflikt ist dazu willkommener Anlass. Es werden verstärkt Manöver an den Grenzen zu Russland abgehalten. Gleichzeitig ruft der NATO-Generalsekretär dazu auf, die Militärausgaben zu erhöhen. Die NATO befindet sich auf Aufrüstungs- und Kriegskurs: Rasmussen meinte, die NATO-Minister seien sich einig, „dass es mehr Patrouillen auf See und in der Luft geben müsse sowie mehr Manöver und Ausbildung“. Und all dies „von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer“. Die schnelle Eingreiftruppe Nato Response Force (NRF) solle „rascher einsetzbar sein“, die Aufklärung müsse „verbessert werden und Militärmaterial sowie Versorgungsgüter“ müssten „für den Fall des Falles bereitgehalten werden“. Dazu gehören „auch das Vorbereiten möglicher Stützpunkte.“ So heißt es in einem Bericht über das Brüsseler Vorbereitungstreffen der NATO-Militärminister in Vorbereitung auf den NATO-Gipfel im September.

Mehr Manöver – mehr Kriegsübungen

Die Regierungen der östlichen NATO-Staaten, allen voran die Regierungen der baltischen Staaten, fordern eine langfristige Stationierung von NATO-Truppen an den Grenzen zu Russland. Die deutsche Ministerin Ursula von der Leyen ist da nicht abgeneigt. Sie forderte schon im März: „Jetzt ist für die Bündnispartner an den Außengrenzen wichtig, dass die Nato Präsenz zeigt.“ Kurze Zeit später wurde die Stationierung von sechs Eurofighter der Bundeswehr zugesagt. Ab September werden sie aus Lagerlechfeld kommend in den baltischen Staaten „Patrouille fliegen“. Der viermonatige Einsatz sei eine „Antwort der Nato auf die Krise in der Ukraine und die Verstärkung der russischen Truppen in der Grenzregion.“ Da nach Angaben der NATO derzeit keine „permanente Stationierung von Nato-Kräften in Osteuropa beabsichtigt ist“, soll es „längere und größere Manöver und regelmäßig multinationale Trainingsmaßnahmen mit rotierender Beteiligung im Osten geben. Außerdem soll die Aufklärung durch Flugzeuge und Schiffe verbessert werden.“

Wie das konkret aussieht hat die NATO jüngst mit ihrem Manöver „Brise 2014“ im Schwarzen Meer gezeigt. An dem Seemanöver sind Kriegsschiffe aus der Türkei, den USA, Großbritannien, Italien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien beteiligt. Die NATO gibt offen zu, dass das lange geplante Manöver „im Lichte der aktuellen Ereignisse

umso bedeutsamer geworden“ sei. Doch es bleibt nicht bei NATO-Manövern.

Ausstattung der Ukraine – Aufrüstung der NATO

Die Ukraine wird von den NATO- und EU-Staaten mit „Militärtechnik“ und Waffen ausgestattet. Dazu war vom damaligen Außenminister Andrej Deschtschiza im März eine Bedarfsliste vorgelegt worden. Doch es sollen vor allem die NATO-Mitgliedsstaaten aufrüsten. Zum kommenden NATO-Gipfel, der am 4. und 5. September in Newport in Wales stattfindet, kündigte der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen an, dass bei diesem Treffen die Erhöhung der Militärausgaben in allen NATO-Staaten „ein wichtiger [Tagesordnungs-] Punkt“ sein würde. Rasmussen wörtlich: „Ich erwarte, dass beim Gipfel Entscheidungen getroffen werden, dass es Selbstverpflichtungen beim Gipfel geben wird.“

Interessant dabei: Die Mitgliedsstaaten sollen zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Militär und Rüstung ausgeben. Deutschland liegt bei 1,3 Prozent. Polen, Lettland, Litauen und Rumänien hätten – so der NATO-Generalsekretär – bereits politische Entscheidungen getroffen, um das Ziel von zwei Prozent zu erreichen. „Alle Mitglieder müssen ihre Prämien zahlen. Und die Prämien sind gerade gestiegen.“ Doch für was soll das neue Geld ausgegeben werden?

Ausbau der schnellen Eingreiftruppe der NATO-Armee

Unter anderem soll – das sagt der militärische Oberbefehlshaber der NATO, der US-General Philip Breedlove – „die Reaktionsfähigkeit und die Bereitschaft der Nato-Truppen“ erhöht werden. „Es kann sein, dass wir von einer Reaktionsfähigkeit von Tagen anstatt von Wochen oder Monaten reden müssen“. Eine Stationierung im Osten der NATO wird angedacht, um – so wörtlich „im

Ernstfall schnell genug antworten können.“

Weiter: „Wir müssen überlegen, ob wir Kräfte im Osten haben wollen“. Zentral ist aber der Ausbau der schnellen Eingreiftruppe der NATO (Nato Response Force) von derzeit rund 40000 Mann, die als Stand-By-Truppe jahresweise rotierend aus verschiedenen Nato-Länder zusammengesetzt ist. Breedlove: „Wir brauchen eine Eingreiftruppe, die sehr reaktionsfähig ist. Vielleicht muss nicht die gesamte Eingreiftruppe darüber verfügen, aber einige Teile sollten eine sehr hohe Bereitschaft und Reaktionsfähigkeit haben.“

Bundeswehr als führende NATO-Armee

Die Bundeswehr spielt in diesem Zusammenhang innerhalb der NATO eine führende Rolle: US-General Philip Breedlove äußerte sich lobend über Deutschland. Die Bundeswehr habe sich „großartig“ an den Nato-Operationen im Kosovo und in Afghanistan beteiligt. Breedlove: „Dafür gebührt Deutschland unser Dank.“ Die Bundeswehr verfüge über ausgesprochen fähige Landtruppen: „Sie werden auch in Zukunft einen sehr wichtigen Teil der Nato-Bodentruppen bilden.“ Ob deutsche Truppen künftig auch in Osteuropa zum Einsatz gelangen, ließ der General offen.“

Offen: NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens

2008 hatte die NATO noch einen Beitritt Georgien und der Ukraine versprochen. Zumindest für die Ukraine ist das in weiterer Ferne. Hier wird nun mit dem EU-Assoziationsabkommen der Weg der Annäherung – nicht der Mitgliedschaft (!) – an die EU gegangen. Wobei dieses Abkommen ausdrückliche auch militärische Zusammenarbeit vorsieht. Mit dem „Membership Action Plan“ werden neue Mitglieder auf den Beitritt zur NATO vorbereitet. Georgien ist da eifrig dabei. Und nun soll eine enge Kooperation Georgiens mit der NATO vereinbart

werden. Es geht um ein ganzes Maßnahmenpaket. Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Karl A. Lamers von der CDU berichtet von einer Verbesserung der „Interoperabilität der georgischen Streitkräfte mit der NATO“, einem Ausbau des NATO-Verbindungsbüros in Tiflis und einem gesonderten Gremium zwischen Georgien und der NATO. Auch soll Georgien mit neuen NATO-kompatiblen Waffen ausgerüstet werden.

Probleme: Afghanistan – das Debakel der NATO

Offiziell soll der NATO-Einsatz ISAF in Afghanistan 2014 – also in diesem Jahr – beendet werden. Die zwischendurch mal 100000 Soldaten sollen offiziell abgezogen werden. Nach 13 Jahren Krieg, so die NATO, sei alles besser in Afghanistan. Neben ungezählten afghanischen Zivilisten – darunter die Opfer von Kunduz – sind in Afghanistan 3500 NATO-Soldaten – darunter 54 Bundeswehrgoldaten – ums Leben gekommen. Zehntausende der Soldaten sind traumatisiert. 900 Milliarden Dollar hat der Afghanistan-

Einsatz gekostet, der wohl kostspieligste „asymmetrische Krieg der Neuzeit“. Interessant: Selbst ein Bundesminister – der Entwicklungshilfeminister Gerd Müller – beklagt das krasse „Missverhältnis zwischen militärischen Ausgaben und Aufwendungen für einen zivilen Wiederaufbau“. Die Sicherheitslage in Afghanistan ist desolat. Dazu kommt, der Ausgang der Präsidentschaftswahlen ist unklar. Es gibt offen Streit, wer gewonnen hat. Die NATO und die Bundeswehr werden Soldaten in Afghanistan lassen – beendet ist das Debakel nicht.

Aktivitäten gegen den NATO-Gipfel

In dieser Situation wollen sich die Staats- und Regierungschefs am 4./5. September bei Newport in Wales zum NATO-Aufrüstungs-Gipfel treffen. Dagegen wird es natürlich internationalen Protest und Widerstand geben, mit einem Gegengipfel, mit einer Großdemonstration, einem Camp und Aktionen zivilen Ungehorsams vom 31. August bis 5. September. In Deutschland findet zur gleichen Zeit der Antikriegstag bzw. der Weltfriedenstag statt. Der NATO-Aufrüstungs-Gipfel wird dort Thema sein.

Tobias Pflüger ist Vorstand der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. und Mitherausgeber der Zeitung gegen den Krieg.



-Anzeigen-

KRIEG BEGINNT HIER.

Mit uns dagegen!

Militär abschaffen. Zivile Alternativen entwickeln. Frieden schaffen geht nur ohne Waffen!



Material zum Bestellen und Verbreiten:

www.dfg-vk.de/webshop



Gerd Fesser: Deutschland und der Erste Weltkrieg
Basisswissen Politik/Geschichte/Ökonomie
128 Seiten | EUR 9,90

Michael Schulze von Graßer: Das virtuelle Schlachtfeld
Videospiele, Militär und Rüstungsindustrie
202 Seiten | EUR 14,90

Gerd Fesser analysiert die Rivalität der imperialistischen Großmächte, die in den Großen Krieg mündete. Den Schwerpunkt legt er auf das Deutsche Reich und seine Kriegsziele. Er behandelt den Kriegsverlauf und die innenpolitischen Entwicklungen sowie die Revolutionen in Russland und Deutschland.

Elektronische Kriegsspiele präsentieren einem Millionenpublikum westliche Feindbilder und propagieren soldatisches Heldentum. Zugleich werben Armeen, so auch die Bundeswehr, um Nachwuchs. Das Buch beleuchtet die Spielinhalte sowie Verbindungen zwischen Militär, Rüstungsindustrie und Videospielebranche.

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Zur aktuellen Bewegung gegen Kriege – Interview mit dem Liedermacher Konstantin Wecker

Die Begeisterung für eine gerechte Welt neu erwecken

ZgK: 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs gibt es ja jede Menge Gedenkfeiern und Artikel und dicke neue Bücher. Ist unsere Gesellschaft reifer geworden – wurden Lehren aus dem Ersten Weltkrieg gezogen?

Konstantin Wecker: Ich fürchte, dass das nicht der Fall ist. Natürlich gibt es viele Unterschiede zwischen damals und heute. Mein Freund Hannes Wader schrieb das beeindruckende Antikriegslied „Es ist an der Zeit“, das vom Tod eines unbekanntem Soldaten im Ersten Weltkrieg handelt. Die Refrain-Zeilen mahnen uns auch heute noch an die Wirkung der Kriegspropaganda – heute die Wirkung medialer Marktmacht. Sie lauten:

„Ja, auch Dich haben sie schon genauso belogen | So wie sie es mit uns heute immer noch tun | Und du hast ihnen alles gegeben: | Deine Kraft, Deine Jugend, Dein Leben.“

Nehmen wir doch das Beispiel der heutigen Ukraine. Ich würde mir mal gerne von den Damen und Herren der Presse erklären lassen, wann jemand Widerstandskämpfer genannt wird, wann prussischer Separatist, und wann wiederum von Nazis unterstützte Kämpfer Teil einer gerechten Regierungstruppe sind? Waren nicht mal die Mudschaheddin Widerstandskämpfer, als es gegen die russische Besatzung Afghanistans ging? Und jetzt? Zumindest: verwirrend. Oder ist das vielleicht alles schon Orwells „Neusprech“?

Gerade in diesen Zeiten, wo sich die Bundesregierung wieder offen zur sogenannten Notwendigkeit von Kriegseinsätzen im Ausland bekennt, unsere Kriegsministerin im Schulterchluss mit der Kanzlerin Kampfdrohnen anfordert, ein ehemaliger Minister schamlos für die Rüstungsindustrie arbeitet, gerade jetzt sollte man sich wieder darauf besinnen, mit welchem Hurra-Gebrüll sich die Deutschen vor hundert Jahren in das vermeintliche Abenteuer eines Krieges begaben, der nichts als unvorstellbares und unbeschreibliches Leid verursachte.

ZgK: In den aktuellen Diskussionen zum Ersten Weltkrieg geht es eigentlich nur um Politik. Dabei spielten im Ersten Weltkrieg deutsche Konzerne, insbesondere diejenigen der Stahl- und Rüstungsbranche mit Krupp an der Spitze, eine wichtige Rolle. Diese verdienten vor dem Krieg durch die Hochrüstung und dann im Krieg mit der Kriegswirtschaft prächtig.

Konstantin Wecker: Das war damals so. Und das ist heute nicht so viel anders. Es gibt Berufe, die erfordern nicht unbedingt besondere Empathie für die Menschheit. Profikiller zum Beispiel, oder Lebensmittelspekulant. Eine der sicher fragwürdigsten Möglichkeiten sich zu bereichern, ist das Geschäft mit Kriegsgerät. Und besonders widerlich ist dann noch der Beruf eines Lobbyisten eines Rüstungskonzernes. Dirk Niebel ist mir noch nie durch irgendeine sympathische Aussage oder Handlung aufgefallen. Von vielen unangenehmen Politikern war er als Entwicklungsminister der Unangenehmste. Der einstige Fallschirmjäger und Elitesoldat hat als Minister demonstrativ nicht den karitativen, sondern den wirtschaftlichen Aspekt von Entwicklungszusammenarbeit betont. Und nun bereichert er sich an seiner von uns Bürgern finanzierten Erfahrung als Politiker: als Lobbyist der Rheinmetall AG.

Eben diese Rheinmetall AG hat laut Zeitungsberichten eine komplette Fabrik zum Bau von Panzerfahrzeugen nach Algerien verkauft. Das Geschäft war noch unter der alten schwarz-gelben Regierung genehmigt worden. In deren Bundessicherheitsrat saß qua Amt – na wer wohl? Genau! Der damalige Entwicklungsminister Dirk Niebel.

ZgK: Rheinmetall zählt zusammen mit EADS und Krauss-Maffei Wegmann (KMW) zu den wichtigsten Lieferanten der Bundeswehr und der europäischen Armeen. Rheinmetall war auch maßgeblich beteiligt daran, dass Griechenland mit Leo-II-Panzern hochgerüstet wurde und sich dabei extrem verschuldete – diese Geschäfte wurden mit riesigen Schmiergeldzahlungen herbeigeführt. Da ist auch ein direkter Bezug zum Ersten Weltkrieg: Rheinmetall wurde mit der Hochrüstung vor dem Ersten Weltkrieg groß und war in den Jahren 1914 bis 1918 wesentlicher Kriegsprofiteur.



Konstantin Wecker: Ja – das ist eine beängstigende Tradition. Im Grunde kann man das alles gut bei Wikipedia nachzulesen: Gegründet am 13. April 1889 als „Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, um für das Deutsche Reich Munition zu liefern.“ Ein Produktionsschwerpunkt waren nahtlose Rohre für Geschütze – wie auch heute. Da wirbt „Rheinmetall Defence“ wie folgt: „Rheinmetall entwickelte [für den Panzer Leopard-II] die Glattrohrwanneanlage. Darüber hinaus liefert Rheinmetall für den Leopard 2 eine umfassende, hochmoderne Munitionspalette sowie die Feuerleitanlage und das

Führungssystem.“ Bei Wikipedia wird noch auf eine ganz besondere, mehr als hundertjährige Rheinmetall-Kontinuität verwiesen: „Für die Erprobung von Waffen und Munition wurde 1899 ein Gelände in der Nähe von Unterlüß in der Lüneburger Heide gepachtet. Dieser Standort existiert heute noch und umfasst mittlerweile eine Fläche von 50 Quadratkilometern.“ Im Sommer 1914, bei Kriegsbeginn, war Rheinmetall bereits der größten Rüstungshersteller im Deutschen Kaiserreich. Das Unternehmen beschäftigte 1914 knapp 8000 Mitarbeiter. Bis zum Ende des Krieges versechsfachte sich deren Zahl auf knapp 48000 Beschäftigte. Eine solche Expansion der Produktion, denen ja die Gewinnsteigerungen mehr als entsprechen, gab und gibt es nur in dieser Branche: bei den Geschäften mit Zerstörung und Tod.

ZgK: Du gabst bereits erste Stichworte zu den kriegerischen Ereignissen, die derzeit mitten in Europa, in der Ukraine stattfinden. Die Reaktionen der Friedensbewegung sind nicht gerade machtvoll.

Konstantin Wecker: Es gibt durchaus Reaktionen, wenn auch höchst unterschiedliche und manche mit verwirrenden Koali-

tionen. Grundsätzlich wünsche ich mir, dass sich diejenigen, die sich hierzulande dem Frieden und dem Antifaschismus verpflichtet fühlen, eindeutig positionieren und sich solidarisch mit den verfolgten Linken in der Ukraine zeigen. Es gab ja schon einige Aktionen der Friedensbewegung dazu. Ich selbst bin Ende Mai bei einer Friedenskundgebung in Leipzig vor über tausend Menschen aufgetreten, die unter anderem vom Linke-Politiker Volker KÜlow organisiert worden war und zu der auch die Gewerkschaften mobilisiert hatten. Zwar war dies eine gelungene und zugleich erfolgreiche Aktion, wir brauchen jedoch dringend mehr davon.

In diesem Zusammenhang kann ich mir nicht erklären, warum sich die Führungsspitze der Linkspartei öffentlich von ihrer eigenen Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen distanziert hat, die die grüne Fraktionschefin mittels eines Brecht-Zitats kritisiert hatte, weil die Grünen den Einfluss der Nazis in der Ukraine wider besseres Wissen herunterspielen. Wo kommen wir da hin, wenn wir nicht mal mehr an der richtigen Stelle Brecht zitieren dürfen?

Auf diese Weise werden die Kräfte für den Frieden ein weiteres Mal geschwächt. Es ist kein Geheimnis, dass die organisierte Friedensbewegung in der Bundesrepublik nicht mehr so stark ist wie zum Beispiel in den 80er Jahren. Hinzu kommt, dass zunehmend auch Rechte versuchen, das Thema Krieg und Frieden zu vereinnahmen und für ihre Zwecke zu missbrauchen.

ZgK: Wie dies teilweise bei den „Montagsdemonstrationen“ stattgefunden hat.

Konstantin Wecker: Einige Leute scheinen hauptberuflich über dieses Thema zu streiten. Ich frage mich, ob diese giftige Art der Auseinandersetzung den Weltfrieden voranbringt. Ich bin deshalb sehr froh über das Statement der „Kooperation für den Frieden“ vom 24. Juni 2014. Die FriKo ist quasi der Bundesverband der „klassischen“ Friedensbewegung, von Pax Christi und der VVN bis hin zu den Ärzten gegen den Atomkrieg. Fast 60 Friedensinitiativen und Verbände sind hier zusammengeschlossen. Unaufgeregt und sachlich wird in dieser Stellungnahme eine klare Trennlinie gegenüber rechten Trittbrettfahrern gezogen, mit denen Frieden selbstverständlich nicht möglich ist. Dort heißt es: „Die Grundlage eines offenen Dialoges und des Gesprächs ist der Antifaschismus und die unzweideutige Ablehnung des Antisemitismus. Jeder Kooperation mit rechtsradikalen, faschistischen Kräften erteilt die Kooperation für den Frieden eine grundlegende Absage“. Die FriKo macht einen solidarischen und konstruktiven Schritt auf die vielen Tausend Leute zu, die sich über die Montagsmahnwachen und die Angst vor einem neuen Weltkrieg politisieren – und spricht sich dafür aus, vor Ort die Zusammenarbeit zu suchen.

ZgK: Was müsste heute seitens der Friedensbewegung getan werden?

Konstantin Wecker: Ich habe in den 1980er Jahren die Bewegung erlebt – und sie war sehr groß. Diese Friedensbewegung ist jedoch – Historiker mögen mich widerlegen – mit dem berühmten Satz von Joschka Fischer „Nie wieder Auschwitz“ zerschlagen worden. Da habe ich zum ersten Mal gemerkt, dass auch mein Publikum gespalten war. Ich war gegen den Jugoslawien-Krieg, und etwa die Hälfte meines Publikums war dafür. Ab dem Jugos-

lawien-Krieg gab es die Friedensbewegung, wie ich sie zuvor kannte, nicht mehr.

Dennoch halte ich es für möglich, dass sich diese Friedensbewegung neu entwickelt. Auf alle Fälle muss alles getan werden, um alle Chancen in dieser Hinsicht wahrzunehmen. Dazu muss sich jedoch auch die Linke selbst ein wenig öffnen und nicht zu selbstgefällig agieren, wie es derzeit der Fall ist. Ich sage aus der Sicht meines Alters heraus, dass bei vielen traditionellen Aktivisten auch ungeheure Eitelkeiten mit im Spiel sind. Wenn wir uns aber auf eine respektvolle Weise zusammentun, haben wir gute Chancen, erfolgreich zu sein.

Letzten Endes geht es auch darum, dass es uns als Linken wieder verstärkt gelingen muss, junge Menschen für eine gerechtere Welt zu begeistern.

Hannes Wader Es ist an der Zeit

Weit in der Champagne im Mittsommergrün
Dort wo zwischen Grabkreuzen Mohnblumen blüh'n
Da flüstern die Gräser und wiegen sich leicht
Im Wind, der sanft über das Gräberfeld streicht
Auf deinem Kreuz finde ich toter Soldat
Deinen Namen nicht, nur Ziffern und jemand hat
Die Zahl neunzehnhundertundsechzehn gemalt
Und Du warst nicht einmal neunzehn Jahre alt

Ja, auch Dich haben sie schon genauso belogen
So wie sie es mit uns heute immer noch tun
Und Du hast ihnen alles gegeben:
Deine Kraft, Deine Jugend, Dein Leben

Hast Du, toter Soldat, mal ein Mädchen geliebt?
Sicher nicht, denn nur dort, wo es Frieden gibt
Können Zärtlichkeit und Vertrauen gedeih'n
Warst Soldat, um zu sterben, nicht um jung zu sein
Vielleicht dachtest Du Dir, ich falle schon bald
Nehme mir mein Vergnügen, wie es kommt, mit Gewalt
Dazu warst du entschlossen, hast Dich aber dann
Vor Dir selber geschämt und es doch nie getan

Ja, auch Dich haben sie schon genauso belogen
So wie sie es mit uns heute immer noch tun
Und Du hast ihnen alles gegeben:
Deine Kraft, Deine Jugend, Dein Leben
Soldat, gingst Du gläubig und gern in des Tod?
Oder hast du verzweifelt, verbittert, verroht
Deinen wirklichen Feind nicht erkannt bis zum Schluß?
Ich hoffe, es traf Dich ein sauberer Schuß?
Oder hat ein Geschöß Dir die Glieder zerfetzt
Hast Du nach Deiner Mutter geschrien bis zuletzt
Bist Du auf Deinen Beinstümpfen weitergerannt
Und Dein Grab, birgt es mehr als ein Bein, eine Hand?

Ja, auch Dich haben sie schon genauso belogen
So wie sie es mit uns heute immer noch tun
Und Du hast ihnen alles gegeben:
Deine Kraft, Deine Jugend, Dein Leben

Es blieb nur das Kreuz als die einzige Spur
Von Deinem Leben, doch hör' meinen Schwur
Für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein:
Fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein
Dann kann es gescheh'n, daß bald niemand mehr lebt
Niemand, der die Milliarden von Toten begräbt
Doch finden sich mehr und mehr Menschen bereit
Diesen Krieg zu verhindern, es ist an der Zeit

